

TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

183 47. JAHRGANG
Ausgabe 3 2025

Das Comeback

Wie Griechenland die Wende geschafft hat

EU-BINNENMARKT

Weckruf aus Washington

WENN KÜNSTLICHE INTELLIGENZ
DEN DISKURS PRÄGT

**Fünf Thesen zur Zukunft
der Wirtschaftspolitik**

WIRTSCHAFTSRAT
Deutschland



RWE

Unsere wichtigste Energiequelle: Tatkraft.

Unsere Energie kennt keine Grenzen.
Über 125 Jahre Erfolgsgeschichte.
30 Jahre im Bereich Erneuerbare Energien.
Wir sind bereit für mehr.
Mehr dazu auf rwe.com



Foto: Neil Kilian



Astrid Hamker
Präsidentin des Wirtschaftsrates
der CDU e.V.

hebe diejenigen und Freunde des Wirtschaftswesens,

Es war der wohl emotionalste Moment des Wirtschaftstages 2025: Friedrich Merz, frisch gewählter Bundeskanzler, tritt ans Podium und wendet sich an Kyriakos Mitsotakis, griechischer Ministerpräsident und wenige Minuten zuvor ausgezeichnet mit der Ludwig Erhard Gedenkmünze in Gold: „Man kann es nur mit dem allergrößten Respekt und größter Hochachtung begleiten, was in diesem Land möglich war und was durch politische Führung einer erfolgreichen Regierung möglich war.“

Ungläubig reiben sich einige der Zuhörer im Saal die Augen. Griechenland, wirklich? Das Land, das kurz vor dem Rausschmiss aus dem Euroraum stand? Das Land, das mit Rekordschulden und Massenarbeitslosigkeit von sich reden gemacht hatte? Das Land, in dem so gut wie nichts funk-

sind, das aber seine Wettbewerbsposition konsequent verbessern konnte und wieder den Geist von Freiheit und Eigenverantwortung atmet. In der Titelgeschichte begeben wir uns dazu auf Spurensuche.

Mit seinem mutigen Reformkurs taugt Griechenland heute als Vorbild für die Prinzipien, deren Revitalisierung wir auch in Deutschland brauchen. Wichtige erste Akzente konnte die neue Regierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz setzen. Aber der größte Teil der Arbeit liegt noch vor ihr. Die Politik kann, sie muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Am Ende aber geht es nur gemeinsam mit den Unternehmen und den Menschen in diesem Land.

Wie das konkret gelingen kann, wie sich Aufbruch gestalten lässt? Dies ist die Frage, die diese TREND-Ausgabe wie ein roter Faden durchzieht.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre.

*„Mit seinem mutigen Reformkurs taugt
Griechenland heute als Vorbild.“*

tioniert hat und dem zahlreiche junge Menschen den Rücken gekehrt hatten? Gerade einmal 10 Jahre ist das her. Heute kommen viele der damals Ausgewanderten in ihre Heimat zurück. Weil das Land ihnen wieder eine Perspektive gibt. Nicht durch eine Politik der Vorgaben und mit dirigistischem Anspruch. Sondern durch eine Politik, die konsequent digitalisiert, Bürokratie abgeschafft und Investitionen deutlich erleichtert hat. Ein Land, in dem längst noch nicht alle Probleme gelöst

*Herzlichen
Tage Astrid Hamker*



Foto: AdobeStock©MatthewBird

6 TITEL

Wie Griechenland die Wende geschafft hat



Foto: Christian Thiel

14 WIRTSCHAFTSTAG 2025
Impressionen



Foto: AdobeStock©Anat art

32 EU-BINNENMARKT
Weckruf aus Washington

START

EDITORIAL

3 Astrid Hamker,
Präsidentin des Wirtschaftsrates

TITEL

REPORT

6 Wie Griechenland
die Wende geschafft hat

WIRTSCHAFTSTAG 2025

14 Impressionen
18 Friedrich Merz
20 Julia Klöckner
21 Karsten Wildberger
22 Dorothee Bär
23 Katherina Reiche
24 Jens Spahn

25 Carsten Linnemann
26 Carsten Spohr
27 Christian Sewig
28 Axel Hellmann
29 Jan-Christian Dreesen
30 Vimal Kapur

AKTUELLES

GASTBEITRAG ZUM EU-BINNENMARKT

32 Marion Walsmann

INTERVIEW

34 Kerstin Rippel,
Hauptgeschäftsführerin
Wirtschaftsvereinigung Stahl

NEUE LEITVERANSTALTUNG

36 Wir bauen
die Cybernation

AUSBLICK

38 Wie ein digitaler Aufbruch in
der Verwaltung gelingen kann

ANALYSE

40 Eine starke Finanzwirtschaft –
unabdingbar für eine
starke Volkswirtschaft

STANDPUNKT STEIGER

42 Wenn künstliche Intelligenz
den Diskurs prägt

WIRTSCHAFTSRAT

FORUM

44 Im Spiegel der Medien

AUS DEN LÄNDERN

48 Highlights aus den Landesverbänden

FORUM

54 Zum Schluss gefragt

54 Impressum

Foto: AdobeStock© MDWAHBUBUR



42 WENN KÜNSTLICHE INTELLIGENZ DEN DISKURS PRÄGT

Fünf Thesen zur Zukunft der Wirtschaftspolitik

Kolumne von Wolfgang Steiger

Anzeige



**Deutsche
Vermögensberatung**

Ein Leben lang in besten
Händen: bei Ihrem Finanz-
coach.

Als Deutschlands größte eigenständige Finanzberatung coachen rund 18.000 Beraterinnen und Berater 8 Millionen Kunden zu den Themen Absicherung, Altersvorsorge und Vermögensaufbau.

Seit vielen Jahrzehnten entstehen so individuelle Finanzkonzepte, die Menschen weiterbringen – ein Leben lang.

Weitere Infos finden Sie unter www.dvag.de





Das Comeback Griechenlands

Das Land stand kurz vor dem Staatsbankrott und glänzt heute mit Wirtschaftszahlen, auf die Deutschland neidisch sein kann. Welche Maßnahmen die Regierung von Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis umsetzte, um Griechenland aus der Misere zu befreien.



Athen, am 1. Juli 2015. Ein Staat taumelt am Abgrund. Die National Bank of Greece versucht, wie zahlreiche andere Geldinstitute im Land, Ordnung ins Chaos zu bringen. Seit 4 Uhr morgens können sich Rentner mit den Nachnamen der Anfangsbuchstaben A bis I in die Schlange vor der Filiale der größten griechischen Bank einreihen, um Geld abzuheben. Die Buchstaben K bis M folgen am nächsten Tag, N bis Omega schließlich am übernächsten.

Die Senioren sind auf die geöffneten Geldhäuser angewiesen, viele haben keine EC-Karte, um sich Ersparnisse am Geldautomaten auszahlen zu lassen. Immerhin 120 Euro pro Woche können sie am Bankschalter abheben. Ältere Griechen, die von der alphabetischen Regelung nichts mitbekommen haben, werden nach stundenlan-

„Viele Rentner brauchten Bargeld, um sich zum Beispiel wichtige Medikamente zu kaufen.“

gem Warten nach Hause geschickt. Sie sind wütend und verzweifelt: Es gibt Rängeleien, Bankangestellte versuchen zu beruhigen und die Polizei ist verstärkt im Einsatz.

Es sind die Stunden nach dem Auslaufen des zweiten Hilfsprogramms der

Europartner für Griechenland. Kurz zuvor hatte die Regierung in Athen eine Frist für die Rückzahlung von 1,55 Milliarden an den IWF verstreichen lassen. Das Land schlitterte in Richtung Staatspleite. Die Krise, die 2010 mit Bekanntwerden des enormen Haushaltsdefizits ihren Anfang nahm, eskalierte mit unabsehbaren Folgen.

„Das waren an diesen heißen Hochsommertagen wirklich existenzielle Fragen“, erinnert sich Jens Bastian. Der promovierte Ökonom gilt als einer der gefragtesten Experten für die Wirtschaftslage in Griechenland. Seit drei Jahrzehnten lebt er, mit kleinen Unterbrechungen, in Athen. Nach einer zehnjährigen Tätigkeit bei einer griechischen Privatbank arbeitete er als „Lead Economist“ der ehemaligen European Agency for Reconstruction in Thessaloniki. Zwischen 2011 und 2013 war Bastian Mitglied der Task Force for Greece der Europäischen Kommission in Athen.

„Viele Rentner brauchten Bargeld, um sich zum Beispiel wichtige Medikamente zu kaufen“, erinnert er sich an den damaligen Banken-Run. Zehn Jahre später, wieder an einem Juli-Tag, spricht Jens Bastian im Zoom-Gespräch mit TREND über die aufwühlenden Szenen und Debatten der Krisenzeit. „Bei vielen Griechinnen und Griechen, insbesondere zwischen 35 und 45 Jahren, wurde damals die

eigene Lebensplanung radikal infrage gestellt“, sagt er.

Es herrschte Ausnahmezustand, das ganze System drohte wie ein Kartenhaus zusammenzufallen. Viele Geschäfte akzeptierten aus Misstrauen gegenüber den Banken nur noch Bargeld, Überweisungen ins Ausland waren fast komplett verboten. Es kam zu Engpässen von Medikamenten, Lebensmitteln und anderen wichtigen Gütern, weil Importe stockten. Die Unsicherheit führte zu Hamsterkäufen und langen Schlangen vor Tankstellen und Supermärkten. Einen Kollaps des Banken- und Finanzsystems wollte die Regierung unter dem linken Ministerpräsidenten Alexis Tsipras unbedingt vermeiden – und damit eine Staatspleite abwenden.

Sein Finanzminister Yanis Varoufakis versuchte im Zuge der Verhandlungen mit der Troika (EU, EZB, IWF) die Flucht nach vorne – und machte planwirtschaftliche Vorschläge, die massive Kritik provozierten. Er wollte beispielsweise Liquiditätsreserven staatlicher Institutionen wie Rentenkassen, Unis und Gemeinden per Gesetz zentralisieren, um kurzfristige Finanzierungslücken zu stopfen. In engsten Regierungskreisen soll er diskutiert haben, Bankguthaben ab einem bestimmten Schwellenwert zwangszuberschneiden und die Differenz in Form von Staatsanleihen zu ersetzen („Bail-in“). Außerdem verfolgte er die



Foto: shutterstock©dimitris_k

Foto: shutterstock©Ververidis Vasilis



Foto: shutterstock/Aerial-motion



Foto: Christian Thiel

Einführung eines staatlich ausgegebenen Schuldscheinsystems, sogenannter IOUs („I Owe You“), mit denen der Staat Gehälter, Renten oder Rechnungen bezahlen sollte, wenn das Geld ausging. De facto hätte Varoufakis damit eine Parallelwährung geschaffen – für ein Griechenland außerhalb der

Euro-Zone. Ein Szenario, das glücklicherweise nie eintrat.

Zeitsprung: Berlin, 13. Mai 2025. Der konservative Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis spricht auf dem Wirtschaftstag 2025 in Berlin über die Strukturreformen, die seine Partei

Nea Dimokratia (ND) in den vergangenen Jahren erreicht hat. Vom Wirtschaftsrat erhält er an diesem Abend die Ludwig Erhard Gedenkmünze in Gold. In Anwesenheit von Friedrich Merz, der Mitsotakis zuvor als ersten Staatsgast überhaupt offiziell empfangen hat, seit er selbst zum Kanzler

Anzeige



Wir setzen auf
Eigenverantwortung
und das
Duale System.



Weil du wichtig bist.

gewählt wurde. Roland Koch erinnerte in seiner Laudatio an die Situation 1948 in Deutschland. Ludwig Erhard habe damals fast im Alleingang die Entscheidung getroffen, die Wirtschaft zu befreien. Niemand in seiner Umgebung habe das gewollt, schon gar nicht die Besatzungsmächte. Es gab einen Generalstreik. Über viele Jahre sei fraglich gewesen, ob das Konzept all die Widerstände überstehen kann. Mitsotakis sei ein vergleichbares Risiko in Griechenland eingegangen.

Griechenland hat inzwischen niedrigere Schuldzinsen als Italien

Menschen in einem freien Land mit einer Perspektive für die Zukunft sind bereit, Zumutungen zu ertragen, ohne das demokratische System infrage zu stellen, sagte Koch. „Griechenland ist der Beweis dafür. Wir ehren Kyriakos Mitsotakis für seinen Mut. Aber wir können auch von ihm lernen!“

Denn: Nach einem Jahrzehnt der Rezession und der schwersten Wirtschaftskrise in der modernen Geschichte Griechenlands zeichnet sich seit 2021 ein bemerkenswertes Comeback ab. Nach dem tiefen Fall arbeitete sich das Land sukzessive aus dem Schuldenschlamassel heraus. Die EU-Kommission rechnet für das Jahr 2025 mit einem BIP-Wachstum von 2,3 Prozent, für das nächste Jahr von 2,2 Prozent. Im Vergleich: In der

gesamten EU erwartet Brüssel im laufenden Jahr nur ein Wachstum von 1,1 Prozent – für Deutschland bekanntermaßen eine Stagnation.

Nachdem die Staatsschuldenkrise die griechische Wirtschaft fast um rund 27 Prozent schrumpfen ließ, erholt sich das Land seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Mitsotakis im Jahr 2019 in rasantem Tempo. Die Arbeitslosigkeit ist stark gesunken. Kein anderes Land in der EU hat seine Schuldenquote so schnell gedrückt wie Hellas: So reduzierte sich das Verhältnis von Staatsverschuldung zum BIP laut EU-Kommission seit 2020 von 209 Prozent deutlich, aktuelle Prognosen gehen von 146 Prozent aus (Deutschlands Schuldenquote liegt für 2024 laut Bundesfinanzministerium bei 63,6 Prozent). Griechenland hat inzwischen niedrigere Schuldzinsen als Italien. Ein Teil der Schulden will das Land sogar schneller tilgen als zunächst geplant, um so das Vertrauen der Finanzmärkte zu stärken. Direktinvestitionen aus dem Ausland steigen. Nicht zuletzt ist der Tourismus im Aufwind.

Welche konkreten Anstrengungen führten Griechenland aus der Misere? Der damals 51-jährige ehemalige McKinsey-Berater hatte mit dem Versprechen „Jobs, Sicherheit und Wachstum“ die Wählerschaft überzeugt. Zum Start setzte die neue Führung gezielt auf zwei zentrale Botschaften: Zum einen wurde klargemacht, dass es echte Strukturreformen brauche – nicht nur

punktueller Eingriffe bei Renten und Löhnen. Zweitens: Die wirtschaftliche Entwicklung soll oberste Priorität haben. Unternehmen sollten Griechenland wieder als attraktiven Standort wahrnehmen.

Ökonom Bastian stellt die Herausforderungen der damals neuen Regierung in einen zeitlichen Zusammenhang: „In den ersten zwei Rettungsprogrammen der internationalen Kreditgeber gab es meiner Ansicht nach zu viel Mikromanagement als Lösungsansatz: Da wurde beispielsweise versucht, die Brot- oder Medikamentenpreise zu regulieren – ein Tropfen auf den heißen Stein.“ Die Kernaufgabe der neuen Regierung unter Mitsotakis habe darin bestanden, zwei Defizite parallel zu reduzieren: das tiefe Loch im Staatshaushalt und das enorme Defizit in der Leistungsbilanz. Dies habe Sparauflagen und Konsolidierung auf der einen Seite erfordert und eine Kosten-Nutzen-Analyse der Im- und Exporte auf der anderen. „In der Gesellschaft warf das viele schmerzhaften Fragen auf, denn die Debatten erforderten große Ehrlichkeit: Zum Beispiel beim Thema Steuervermeidung mussten viele Bürger, Selbstständige und Unternehmen in den eigenen Spiegel schauen.“ Sie konnten sich nun nicht mehr einfach um die Abgaben drücken.

Insgesamt kristallisieren sich vier Bereiche heraus, in denen die Regierung neue Weichen stellte, die letztlich den Weg bereiteten zum volkswirtschaftlichen Comeback.





Foto: shutterstock©Rawpixel.com



Foto: AdobeStock©Alexey Novikov



Foto: shutterstock©WHYFRAME

Digitalisierung und öffentliche Dienstleistungen

Über Jahrzehnte galt der griechische Staatsapparat als ineffizient, langsam und korruptionsanfällig. Seit 2019 hat die Regierung unter Premier Mitsotakis das Reformtempo deutlich erhöht. Sechs Jahre vor Deutschland schuf Griechenland damals ein eigenes Ministerium für Digitalisierung („Digital

Governance“), das die Modernisierung vorantrieb: Zahlreiche Behörden-gänge wurden digitalisiert, darunter Grundbuchauszüge, Firmenanmeldungen und Steuererklärungen.

Die zentrale Plattform „gov.gr“ bündelt heute über 1.500 staatliche Dienstleistungen online – ein Quantensprung für Bürger und Unterneh-

men gleichermaßen. Wer zum Beispiel im Auto angehalten und kontrolliert wird, hält dem Beamten nur das Smartphone mit der entsprechenden App hin: Führerschein, Fahrzeugpapiere, Versicherungsnachweis und der letzte TÜV-Prüfungsbericht – alles ist an einem Ort verfügbar. Über das digitale Verwaltungssystem können Bürger zahlreiche Services aufrufen:

Anzeige

Allianz 

„Die Welt ändert sich.
Was heißt das eigentlich
für mein Vermögen?“
Investieren mit
Allianz Faktoren.

Legen Sie Ihr Vermögen renditeorientiert an – nutzen Sie die Allianz Faktoren Kapitalstärke, Marktzugang, Zukunftsorientierung, Risikoexpertise und die Kompetenz, Lebenswerke zu erhalten. Als einer der großen Investoren weltweit hat die Allianz diese Faktoren erfolgreich geprägt. Profitieren auch Sie davon und gestalten Sie Ihr Vermögen ertragsorientiert.

Sprechen Sie
uns an:
allianz.de/vermogen



von der Geburtsurkunde über den Antrag für einen Angelschein bis hin zur offiziellen Ehescheidung.

„Den eigentlichen Durchbruch erlebte die Digitalisierung in Griechenland mit der Corona-Pandemie“, erinnert sich Bastian. „Es gab kaum Wartezeiten für Impftermine und die Behörden versorgten jeden schnell mit den wichtigsten Informationen. „Ich war ehrlich gesagt heilfroh, dass ich damals in Griechenland und nicht in

„Heilfroh, dass ich damals
in Griechenland war.“

Deutschland versorgt worden bin.“ Für die gesellschaftliche Akzeptanz der Digitalisierung war das Werbung von unschätzbarem Wert: Der griechische Staat zeigte sich bürgernah, effizient und handlungsfähig.

Steuereinnahmen und Vernetzung

„Die Digitalisierung setzte mit den Auflagen der drei Rettungsprogramme ein und hat sich zuletzt beschleunigt“, sagt Ökonom Bastian. Ein wichtiger Schritt: Rechnungen im Restaurant, von dem Obsthändler um die Ecke und vom Taxifahrer wurden nicht mehr handschriftlich geschrieben, sondern ausgedruckt. „Vorher wurde die Mehrwertsteuer oft vermieden“, sagt der Wahl-Athener. Die Steuereinnahmen

des Staates erhöhten sich auch dank der volldigitalisierten Steuererklärungen, die für mehr Transparenz sorgen und Steuervermeidung erschweren.

Ministerpräsident Mitsotakis erklärte den Kampf gegen Steuerhinterziehung zur Chefsache. Das hatten zwar schon Premiers vor ihm getan, doch setzte er sich gegen die mächtigen Lobbygruppen von Anwälten, Unternehmen und Ärzten durch. „Zahnärzte, Rechtsanwälte und Bauunternehmer rechneten sich zuvor steuerlich arm, sodass sie kaum Steuern zahlen mussten“, sagt Finanzexperte Bastian.

Die Regierung digitalisierte praktisch die gesamte Finanzverwaltung und das Steuerwesen. Jedes Kartenterminal, ob im Touristenladen oder in der Autowerkstatt, ist heute direkt mit den Steuerbehörden vernetzt. Zahlungen über 500 Euro müssen digital abgewickelt werden. Statt der erhofften staatlichen Mehreinnahmen von 1,2 Milliarden Euro flossen im vergangenen Jahr 2 Milliarden Euro in die Staatskasse, im laufenden Jahr könnten es laut Berichten sogar 2,5 Milliarden werden.

Investitionen und Privatisierungen

Ganz zentral für das Wachstum waren Steuersenkungen und der Abbau bürokratischer Hürden, was ein investitionsfreundliches Klima schaffte. US-Konzerne wie Amazon, Microsoft und Pfizer eröffneten in den vergangenen Jahren Standorte.

Einen „Investitions-Booster“, mit dem die deutsche Bundesregierung aktuell Wachstumskräfte entfesseln will, hat Athen in deutlich rigorosere Weise schon 2019 initiiert: Dafür wurde der Körperschaftsteuersatz von 29 auf 22 Prozent gesenkt. Außerdem reduzierte der Staat die Sozialabgaben und schuf die „Solidaritätssteuer“ für Arbeitnehmer ab. Für Start-ups gibt es seither Steuererleichterungen sowie Sonderregelungen für Rückkehrer und „digitale Nomaden“, die ihren Wohnsitz wieder in die alte Heimat verlegen. Die beschauliche Provinzhauptstadt Ioannina im Nordwesten des Landes mauserte sich zu einer Art Mini-Silicon-Valley: Neben zahlreichen griechischen Start-ups und den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften PwC und Deloitte hat dort etwa auch der deutsche Softwareanbieter Teamviewer einen Sitz.

Zwar setzte Griechenland nicht die zynischen und hämischen Vorschläge der deutschen Boulevard-Presse um und verkaufte die griechischen Inseln und die weltberühmte Akropolis. Eine Reihe von Privatisierungen, die zu den Auflagen der internationalen Kreditgeber gehören, kurbelten aber sehr wohl Investitionen an und spülten seit 2011 rund 10 Milliarden Euro in die Staatskasse. Unter anderem wurde das Gelände des ehemaligen, brachliegenden Athener Flughafens verkauft, wo bis 2028 das Projekt „The Ellinikon“ entsteht: eine klimafreundliche Trabantenstadt am Mittelmeer



Foto: AdobeStock©MisterVlad

Foto: shutterstock©OKyela

mit exklusiven Wohnanlagen, Hotels, Geschäften, Restaurants und Bürogebäuden.

Arbeitsmarkt und Schwarzarbeit

Die Arbeitslosigkeit ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken und liegt mittlerweile bei unter 10 Prozent. Zwar ist das im europäischen Vergleich noch immer ein hoher Wert, doch im Vergleich zur Quote von rund 25 Prozent im Jahr 2015 markiert es eine deutliche Verbesserung. Ermöglicht wurde dieser Rückgang durch eine Reihe arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Die Regierung investierte gezielt in Qualifizierungsprogramme, senkte die Lohnnebenkosten und passte die Arbeitszeitregelungen an. Seit 2024 können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf freiwilliger Basis eine Sechs-Tage-Woche wählen – mit Gehaltszuschlägen für die zusätzliche Arbeitszeit.

Lohnsteuereinnahmen stiegen sprunghaft an

Um wieder auf Kurs zu kommen, waren zunächst auch schmerzhaftes Einschnitte nötig: Im Öffentlichen Dienst sanken die Gehälter in den Jahren zwischen 2010 und 2013 um 20 bis 30 Prozent, in manchen Fällen sogar um 40 Prozent. Zehntausende Stellen – zum Beispiel von Lehrern oder Verwaltungsangestellten – wurden ganz gestrichen. Die staatlichen Renten kürzte Griechenland in mehreren Wellen um teils bis zu 40 Prozent. Im Zuge der schweren Wirtschaftskrise sank der gesetzliche Mindestlohn im Februar 2012 erheblich. Der Bruttomonatsmindestlohn wurde um 22 Prozent reduziert – von 751 Euro auf 586 Euro. Das betraf alle volljährigen Arbeitnehmer ab 25 Jahren. Für Arbeitnehmer, die jünger waren, senkte der Staat den Mindestlohn sogar um 32 Prozent, von 751 Euro auf 510 Euro brutto monatlich.

Inzwischen konnte der Mindestlohn jedoch mehrfach wieder angehoben

werden, zuletzt 2024 auf rund 910 Euro brutto. Außerdem wurde ein digitales Arbeitszeit-Erfassungssystem („Ergani II“) eingeführt, das Schwarzarbeit eindämmen soll. Lohnsteuereinnahmen und Beiträge zur Sozialversicherung stiegen sprunghaft an.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Perspektive

Keine Frage, zur Wahrheit gehört auch, dass die hohe Inflation der vergangenen Jahre das nominale Wachstum Griechenlands befeuert hat und dieses inzwischen wieder abflacht (noch 2022 lag das BIP bei 5,9 Prozent). Ein weiteres fortbestehendes Problem betrifft etwa die Durchsetzbarkeit von Verträgen. Unternehmerinnen und Unternehmer müssen zum Teil lange warten, bis vertragliche Ansprüche durch griechische Gerichte umgesetzt werden. Ein typisches Beispiel: Ein ausländisches Unternehmen liefert Maschinen oder Dienstleistungen an einen griechischen Geschäftspartner. Kommt es zu Zahlungsverzögerungen oder -ausfällen, fehlen oft schnelle und verlässliche rechtliche Wege zur Klärung.

Und selbstverständlich müssen die Erfolge der Wirtschaft auch vor dem Hintergrund schmerzhafter Reformen und internationaler Milliardenzuschüsse gesehen werden. Die enormen Erträge im Tourismus und der Baubranche könnten auf wackeligem Fundament stehen. Die unvorhersehbare Zoll-Politik der USA wirft ebenfalls ihre Schatten voraus.

„Und dennoch muss man meiner Ansicht nach im Rückblick festhalten: Trotz der schwierigen Bedingungen der Sparprogramme und der heftigen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft hat es das Land geschafft, wieder zu deeskalieren“, sagt Jens Bastian. Die Menschen gingen nicht mehr auf die Barrikaden, die rechtsextremistische Partei Goldene Morgenröte ist aus dem Parlament verschwunden. „Die Gesellschaft stand am Abgrund und hat es mit konsequenten Reformen geschafft, sich Schritt für Schritt davon zu entfernen.“ ■

MAXX:

DER XFAKTOR FÜR SNEAKER

- Xtrem starke Reinigung
- Xtremer Schutz
- Xtremer Geruchsstop
- Xtra intensive Weißpflege



Collonil

Salzenbrodt GmbH & Co. KG
Hermsdorfer Straße 70
D-13437 Berlin
www.collonil.de



Made in
Germany

Impressionen

Ein Wirtschaftstag der Rekorde





4.000 Teilnehmer in Präsenz,
50.000 im Livestream.



Guten Tag from Berlin, where today I spoke at the annual
Wirtschaftstag - an event where business leaders and
politicians convene to discuss economic ... mehr

Übersetzung anzeigen



**„Die Probleme unseres Landes
sind aus eigener Kraft lösbar.“**

Friedrich Merz beim Wirtschaftstag,
13.05.2025

Der griechische Ministerpräsident,
Kyriakos Mitsotakis, wird für seinen
erfolgreichen Reformkurs mit der
Ludwig Erhard Gedenkmünze
in Gold ausgezeichnet.



Wirtschaftsrat der CDU e.V. @Wirt... · 7h
„Das Glas ist jetzt halbvoll. Lasst uns vom heutigen Tag an das Ende der Nörgelei in Deutschland einläuten und an diese Regierung glauben – wir müssen jetzt liefern“, sagt Carsten Linnemann, Generalsekretär der @CDU.



Michael Bröcker @MichaelBroecker · 13. Mai
„Ich erlebe in meinem Team eine gewisse Start-up Mentalität.“ Der neue Digitalminister Karsten Wildberger zum Spirit beim Aufbau seines Ministeriums. Seine Prioritäten: Digitale Identität, Digitale Infrastruktur ohne weiße Flecken. Digitalisierung der Wirtschaft. #wt25



Der Wirtschaftsrat ehrt seinen früheren Bundesgeschäftsführer, Dr. Rainer Gerding, für dessen jahrzehntelanges Engagement mit der Ludwig Erhard Gedenkmünze in Silber. Generalsekretär Wolfgang Steiger in der Laudatio: „Sein Wirken war und ist ein Glücksfall für unseren Verband.“



Wirtschaftsrat der CDU e.V. @Wirtschaftsrat · 13. Mai
Kanzler-Heimspiel auf dem #WT25! Willkommen zu Hause, @FriedrichMerz!



„Zwei der ehemaligen Vizepräsidenten des Wirtschaftsrates führen inzwischen das Land: der eine als Bundeskanzler, der andere als Digitalminister.“

Handelsblatt, 13.05.2025



Wirtschaftsrat der CDU e.V. @Wirtschaftsrat · 13. Mai
Fußball und Soziale Marktwirtschaft: @FCBayern-Chef Dreesen sagt: „Wir sind geeignet in einer Branche zu arbeiten die über Jahrzehnte wächst!“ Auf dem #WT25 im Gespräch mit @Eintracht-Vorstandssprecher Axel Hellmann.





Dänische Botschaft in Deutschla... · 21h
Dänischer Wirtschaftsminister + Botschafter
beim Wirtschaftstag 2025 🇩🇪

Thomas Østrup Møller @Botsc... · 23h
🇩🇪 und 🇩🇰 stehen Seite an Seite in der Europa-, Energie- und Handelspolitik. Es war heute eine Ehre, Sebastian Roloff (🇩🇪 SPD, Wirtschaftsausschuss des @Bundestag) und 🇩🇰 Wirtschaftsminister @mfMorten Bødskov (S) zusammen zu bringen - und den Wirtschaftstag 2025 zu besuchen.



Jens Spahn · Follower:in
Mitglied des Deutschen Bundestages | Fraktion...
5 Std. · 📷

Der #Wirtschaftstag 2025 des Wirtschaftsrat der CDU e.V. hat gezeigt:

Wir wollen und wir werden mit der neuen #Bundesregierung und als CDU/CSU-Bundestagsfraktion anpacken! Die Wirtschaft wartet schon lange auf die notwendigen Impulse aus der Politik. Mit Friedrich Merz als #Bundeskanzler und Katherina Reiche als #Wirtschaftsministerin werden wir Zuversicht und wirtschaftliches Wachstum wieder zurückbringen. Wir werden die Unternehmenssteuer senken, Bürokratie- und Berichtspflichten abschaffen und die Energiekosten senken, damit #Wachstum wieder #Vorfahrt hat und nicht ausgebremst wird. Denn scheitert die Wirtschaft - scheitert das Land!

Foto: hcplambeck Fotografie



Fotos: M. Bröcker, Dän. Botschaft, Hans-Christian Plambeck, Jens Schicke, Christian Thiel, Wirtschaftsrat

Eine neue Ära für Deutschland: Entschlossenheit und Verantwortung in Europa

Deutschland ist zurück auf der europäischen Bühne, und das war überfällig. Als ich zu Beginn meiner Amtszeit nach Paris und am selben Tag weiter nach Warschau reiste, habe ich gespürt, wie sehr unsere europäischen Partner auf ein Deutschland gewartet haben, das sich offen und engagiert zeigt. Sie erwarten persönliche Präsenz und ein klares Signal: Wir sind dabei. Und wir sind als Bundesrepublik Deutschland wieder bereit, in der Europäischen Union Führungsverantwortung zu übernehmen. In den vergangenen Jahren war unser Engagement nicht ausreichend.

Wir sind wieder bereit, in der EU Führungsverantwortung zu übernehmen.“

Im Europäischen Parlament habe ich gelernt, wie wichtig es ist, über nationale Grenzen hinweg zu denken und zu handeln. Auch dort wurde deutlich: Deutschland hat gefehlt. Deshalb bin ich zusammen mit Emmanuel Macron, Donald Tusk und Keir Starmer nach Kiew gereist. Wir wollten zeigen: Die

freie Welt ist entschlossen, sich zu verteidigen – gemeinsam, nicht jeder für sich. Wir stehen an der Seite der Ukraine und lassen keinen Zweifel daran, dass wir es nicht hinnehmen werden, wenn die politische Ordnung Europas durch den russischen Angriffskrieg zerstört werden soll. 75 Jahre NATO und 70 Jahre deutsche Mitgliedschaft haben uns gelehrt: Ohne Amerika wäre dieses Verteidigungsbündnis nie so stark und erfolgreich geworden, wie es heute noch ist.

Deutschland wird nur dann anerkannt und erfolgreich sein, wenn wir unsere eigenen Hausaufgaben machen. Die deutsche Wirtschaft etwa stagniert seit drei Jahren. Unsere Produktivität ist seit zehn Jahren kaum noch gewachsen. Die Wettbewerbsfähigkeit vieler Bereiche unserer Wirtschaft hat gelitten. Seien wir ehrlich: Das hat nicht erst mit dem Regierungswechsel 2021 begonnen. Wir stehen also vor einer gewaltigen Kraftanstrengung.

Wir müssen in diesem Land wieder mehr und effizienter arbeiten. Eine Vier-Tage-Woche und eine Fixierung auf die Work-Life-Balance reichen nicht aus, um unseren Wohlstand zu sichern. Deshalb haben wir mit den



Foto: Hans-Christian Plambeck

Sozialdemokraten vereinbart, das Arbeitszeitgesetz zu reformieren: nicht Arbeitszeiten von acht Stunden pro Tag, sondern 40 Stunden pro Woche. Alles andere regeln die Betriebe im Dialog mit ihren Beschäftigten.

Bei den Energiepreisen werden wir ebenfalls Maßnahmen ergreifen. Vor allem bei der Bürokratie wird es grundlegende Korrekturen geben. Bereits in der ersten Kabinettsitzung haben wir 25 Beauftragte der Bundesregierung abgeschafft. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz werden wir streichen. Die entsprechende EU-Richtlinie darf nicht nur aufgeschoben werden, sie muss auf-

gehoben werden. Solche Restriktionen nützen niemandem.

Eine Sozialpolitik zulasten der jungen Generation können wir uns nicht mehr leisten. Deutschland braucht grundlegende Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Vielleicht wird das schwer mit den Sozialdemokraten, aber wir müssen diese Herausforderungen angehen.

Das wichtigste Signal setzen wir mit unserem neuen Bundeskabinett. Bis auf Boris Pistorius war keiner von uns zuvor Teil einer Bundesregierung. Viele sehen darin ein Risiko, ich sehe darin eine große Chance, unser Land zu verändern.

Mit Verena Hubertz haben die Sozialdemokraten eine erfahrene Unternehmerin ins Kabinett geholt. Ich habe Katherina Reiche zur Bundeswirtschaftsministerin berufen: Sie versteht Energiepolitik und wird einen anderen Kurs einschlagen als ihr Vorgänger. Karsten Wildberger hat als Digitalminister Kompetenzen aus mindestens fünf Ressorts gebündelt. Über Digitalpolitik wurde in Deutschland viel geredet, aber wenig erreicht. Jetzt machen wir Ernst mit der Digitalisierung und der Modernisierung des Staates.

In der Migrationsfrage hat Alexander Dobrindt als Innenminister bereits zu

Beginn die Grenzkontrollen verschärft und für mehr Zurückweisungen an den Grenzen gesorgt. Wo immer das möglich ist, gehen wir auch diesen Weg europäisch. Die Außengrenzen der EU sind unsere gemeinsamen Grenzen. Wir helfen sie zu schützen und wir wollen dieses Problem gemeinsam lösen.

Christian Sewing sagte einmal zu mir: „Die Probleme unseres Landes sind aus eigener Kraft lösbar.“ Ein einfacher Satz; aber mit diesem Bewusstsein gehen wir zuversichtlich und optimistisch an die Arbeit.



Foto: Christian Thiel

Geschichte passiert nicht einfach so. Sie wird von Menschen gestaltet. Politische Entscheidungen und demokratische Institutionen können etwas verändern. Lassen Sie uns unser Land zum Besseren verändern. Verantwortung tragen nicht nur Politik

*„Geschichte wird
von Menschen gestaltet.“*

und Parlament, sondern auch Tarifparteien, Arbeitgeber, Unternehmer und Gewerkschaften. Der Staat Bundesrepublik Deutschland sind wir alle zusammen. Es gibt keinen anderen, außer uns, die wir an jeder einzelnen Stelle Verantwortung für unseren Staat und für unser Gemeinwesen tragen.

Wir haben einen sehr ordentlichen Regierungswechsel in Deutschland vollzogen. Das ist keineswegs selbstverständlich. Jetzt liegt die Verantwortung bei uns. Wir nehmen sie entschlossen wahr und freuen uns auf Ihre kritische, konstruktive und freundschaftliche Begleitung. ■

Friedrich Merz
Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland



Foto: Jens Schricke

Mehr Soziale Marktwirtschaft wagen

Die Soziale Marktwirtschaft verkörpert die Identität unseres Landes. Sie prägt unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Doch die aktuellen Zahlen erfüllen mich mit Sorge: Mit einer Staatsquote von 49,5 Prozent stehen wir kurz vor jener Schwelle, die Helmut Kohl einst als Beginn des Sozialismus bezeichnete. Im Jahr 2007 lag diese Quote noch bei 43,4 Prozent. Hatten wir damals spürbar weniger gesellschaftlichen Zusammenhalt als heute? Ich behaupte: Das Gegenteil ist der Fall.

Ludwig Erhard hat das Zusammenwirken von Bürger und Staat sinngemäß so formuliert: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren. Ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“ Dieser Grundgedanke hat nichts an

Aktualität verloren. Der Staat soll Lebenschancen ermöglichen, nicht Lebensrisiken vollständig abfedern. Er soll vom mündigen Bürger ausgehen, nicht von Bevormundung.

Stattdessen erleben wir eine Bürokratie mit irrationalen Zügen. Bis 2024 hat der Bund nach Angaben des Nationalen Normenkontrollrats (NKR) 96.427 Einzelnormen aufgestellt. 2014 waren es noch 82.000. Haben wir mit 14.000 zusätzlichen Regeln besser gelebt? Die Bürokratiekosten summieren sich auf bis zu 146 Milliarden Euro jährlich. Mit einem Bruchteil davon könnten wir alle Schulen Deutschlands sanieren.

Ludwig Erhard sah den Staat in der Pflicht, für gleiche Startchancen zu sorgen. Zugleich sollte er den Raum dafür offenhalten, dass Menschen unterschiedliche Lebensziele verfolgen können. Gleiche Startchancen bedeu-

ten nicht gleiche Ergebnisse – und genau das macht Freiheit aus. Der Staat schafft die Voraussetzungen, die Bürger gestalten ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen.

Besonders alarmierend ist, dass wir unser Versprechen auf Bildung zunehmend nicht halten können. Wenn jedes Jahr 50.000 junge Menschen ohne Abschluss die Schule verlassen, versagen wir bei der Grundvoraussetzung der Sozialen Marktwirtschaft: gleiche Startchancen für alle. Diese Jugendlichen haben kaum Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Das Aufstiegsversprechen verkommt zur hohlen Phrase.

„Wir können uns mit der Stagnation nicht länger abfinden.“

Nach zwei aufeinanderfolgenden Rezessionsjahren droht Deutschland ein weiteres Jahr ohne nennenswertes Wirtschaftswachstum. Wir können uns mit der Stagnation nicht länger abfinden. Wenn Ludwig Erhards Diktum stimmt, dass Wirtschaft zu 50 Prozent Psychologie ist, dann haben wir psychologische Aufbauarbeit zu leisten. Niemand wartet auf uns. Der Wohlstand wird nicht durch Verteilen größer. Zunächst müssen wir wieder mehr erwirtschaften. Wir müssen wieder mehr Soziale Marktwirtschaft wagen! ■

Julia Klöckner
Präsidentin des
Deutschen Bundestages



Foto: Hans-Christian Plambeck

Mut, Mindset, Moderne: Deutschlands Weg zum digitalen Vorreiter

Made in Germany“ hat uns lange Zeit erfolgreich gemacht, hat uns Wohlstand und Wachstum beschert. Ich bin überzeugt, dass ein digitales „Next Germany“ wieder ein solches Potenzial und eine solche Kraft entfalten kann. Das Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung muss dafür sorgen, dass Deutschland modern und digital wird. Wir wollen, dass der Staat schlanker wird, sowohl in seinen Prozessen als auch in der Verwaltung. Das ist attraktiv für die Menschen. Es ist attraktiv für Unternehmen und für den Mittelstand. Und es ist attraktiv für Gründerinnen und Gründer, die mit ihren Zukunftsideen bei uns eine Heimat finden sollen.



Foto: Jens Schicke

Dr. Karsten Wildberger
Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung

Digitalisierung funktioniert nicht per Knopfdruck. Es ist ein Prozess, der Zeit braucht. Er braucht Mut, er braucht Ausdauer, und er braucht Partner. Wir fangen nicht bei null an. Vielmehr geht es darum, die vielen Initiativen im Bund, in den Ländern und Kommunen zu koordinieren, zu harmonisieren und zu orchestrieren. Dazu muss der Bund wichtige Fragen beantworten, etwa: Wie schaffen wir eine einheitliche Architektur auf Bundesebene?

Ein zentrales Zukunftsprojekt für unsere digitale Souveränität ist die Einführung einer digitalen Identität, einer sogenannten digitalen Wallet. Diese digitale Wallet muss nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa funktionieren. Genau das erwarten

die Menschen von uns. Gerade in Zeiten globaler Krisen ist Unabhängigkeit in digitalen Schlüsselfragen wichtiger denn je. Dafür brauchen wir starke Unternehmen im eigenen Land, die Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, Cloud-Lösungen, Cybersicherheit und moderne Rechenzentren entwickeln. Unser Ziel muss es sein, Europa als digitalen Binnenmarkt zu etablieren und wettbewerbsfähig zu machen.

Es geht um die Zukunft unseres Landes. Dabei liegt mir ein Thema besonders am Herzen: das Mindset. Das ist aus meiner Sicht die Grundvoraussetzung für Digitalisierung und Fortschritt. KI ist eine große Chance für Fortschritt und Wachstum. Das

muss erklärt werden, auf eine klare, ehrliche und überzeugende Art und Weise. Risiken beherrscht man nicht nur über Regulierung. Wir können Risiken nur beherrschen, wenn wir

„Wir brauchen wieder eine positive Fortschrittserzählung.“

die Technologie selbst beherrschen und technologisch führend sind. Wir brauchen wieder eine positive Fortschrittserzählung. Von uns allen wird erwartet, dass wir ein Land schaffen, in dem Innovationen gedeihen, weil Mut und Innovationsgeist wieder selbstverständlich sind. ■



Foto: Hans-Christian Plambeck

Mondfahrt statt Mittelmaß

Dorothee Bär

Bundesministerium für Forschung,
Technologie und Raumfahrt

Wann fliegt die erste deutsche Frau zum Mond? Diese Frage mag überraschen. Aber sie steht in der heutigen Zeit exemplarisch für das, worum es in den kommenden vier Jahren gehen muss: um mehr Mut zu großen Zielen, um disruptive Innovationen und um Deutschlands Rückkehr an die Weltspitze der Technologie. „If you don't ask, you don't get“: Stevie Wonder hat uns damit mehr

„If you don't ask, you don't get.“

als eine Lebensweisheit geschenkt. Er hat gewissermaßen eine Formel für Deutschlands Zukunft geliefert. Wir müssen endlich wieder die großen Fragen stellen!

Die Umbenennung unseres Ministeriums in „Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt“ ist vor diesem Hintergrund ein klares Signal. Wir sind ein Zukunftsministerium. Die Zeiten, in denen wir uns mit inkrementellen Verbesserungen zufriedengegeben haben, sind vor-

bei. Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien und Biotechnologie – das sind die Felder, auf denen sich Deutschlands Zukunft entscheiden wird.

Unser Koalitionsvertrag setzt dafür die richtigen Schwerpunkte. Zwischen Union und SPD herrscht große Einigkeit über die strategische Bedeutung von Forschung und Innovationen. Aber Papier ist bekanntlich geduldig. Entscheidend ist, dass wir vom Labor ins Leben kommen. Der Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft muss endlich die Geschwindigkeit erreichen, die unsere schnelllebige Zeit erfordert. Deswegen schaffen wir eine neue Initiative „Forschung und Anwendung“.

Das Innovationsfreiheitsgesetz greift einen entscheidenden Punkt auf: Bürokratieabbau. Dieses Wort ist wie die Hydra – man schlägt einen Kopf ab, und es wachsen zwei neue nach. Aber es ist fünf nach zwölf. Wir müssen Lizenzmodelle vereinfachen, Ausgründungen beschleunigen und Reallabore schaffen. Europa bleibt bei allen Ansätzen unser strategischer Rahmen.

Die geopolitischen Entwicklungen zwingen uns mehr denn je zur Kooperation. Ein starkes EU-Forschungsrahmenprogramm und die geplante Wissenschaftsplattform im Weimarer Dreieck sind keine Nice-to-have-Projekte, sondern überlebenswichtig für unsere technologische Souveränität.

Was mich am meisten stört? Diese typisch deutsche Mentalität des Bedenkenträgetums. Dieses ewige „Ja, aber“. Diese Skepsis gegenüber guter Laune und Optimismus. Wir müssen uns endlich ins Gelingen verlieben statt in den Misserfolg. Mit Forschung und Innovationen Geld zu verdienen ist nichts Verwerfliches. Es ist die Voraussetzung dafür, dass wir das Leben von Millionen Menschen verbessern können.

Meine Türen im Ministerium stehen Ihnen für Gespräche immer offen – und das sind keine Drehtüren, sondern wirklich offene Türen. Vier Jahre sind nicht viel Zeit. Lassen Sie uns sofort anfangen! ■



Foto: Jens Schicke

Deutschland kann mehr

Katherina Reiche
Bundesministerin für
Wirtschaft und Energie

Der Wirtschaftsrat ist eine der wichtigsten Plattformen für jeden Wirtschaftsminister. Hier treffen sich nicht nur die großen Industrieunternehmen, sondern vor allem auch der Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft. Diese Vielfalt macht den besonderen Wert dieser Institution aus.

Deutschland steht vor einer Richtungsentscheidung. Oft heißt es, wir seien zurückgefallen, ins Hintertreffen geraten. Diese passive Haltung suggeriert, wir seien Opfer äußerer Umstän-

„Viele unserer Herausforderungen sind hausgemacht.“

de. Das ist falsch. Viele unserer Herausforderungen sind hausgemacht: zu hohe Energiepreise, überbordende Bürokratie, explodierende Arbeitskosten, mangelnde Digitalisierung, enormer Investitionsstau. Wenn die Probleme „Made in Germany“ sind, dann ist die Lösung auch „Made in Germany“.

Vier Handlungsfelder dulden dabei keinen Aufschub. Erstens: Wir müssen die Energiewende neu ausrichten. Nach Jahren der Überbetonung des Klimaschutzes müssen Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit wieder ins Zentrum rücken. Der Strom aus Erneuerbaren allein garantiert keine wettbewerbsfähigen Preise für energieintensive Unternehmen. Wir brauchen neue Gaskraftwerke, der Koalitionsvertrag sieht 20 Gigawatt vor. Die Ausschreibungen starten schnellstmöglich.

Technologieoffenheit ist kein Kampfbegriff, sondern eine Notwendigkeit. Wir kennen heute unmöglich alle Lösungen für 2045. Deshalb sollten wir die CO₂-Abscheidung und -Speicherung vorantreiben, das Betriebsverbot für Heizkessel im Gebäudeenergiegesetz aufheben und den Markthochlauf von Wasserstoff unabhängig von der Herstellungsart ermöglichen. Und: Die Systemkosten der Erneuerbaren Energien müssen ehrlich bilanziert werden.

Zweitens: Den Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik reformieren. Das Bürger-

geld muss umgestaltet, die Sozialversicherungsbeiträge stabilisiert werden. Eine Unternehmenssteuerreform mit Senkung der Körperschaftsteuer ist bereits auf dem Weg.

Drittens: Bürokratie radikal abbauen. Der Erfüllungsaufwand hat sich in fünf Jahren verdreifacht. Wir müssen vereinfachen, straffen, streichen. Viertens: Deutschland muss in Europa wieder gestalten. Der so genannte „German Vote“ stand zuletzt für Meinungslosigkeit und Unzuverlässigkeit. Das werden wir ändern. Als größte Volkswirtschaft Europas müssen wir präsent sein, mit unseren Partnern sprechen und konstruktiv vorgehen. Fairer Wettbewerb, offene Märkte und ein Freihandelsabkommen mit den USA sind unsere Ziele.

Künftig muss es wieder heißen: Deutschland holt auf, nimmt Fahrt auf, die Bundesrepublik kehrt an die Spitze zurück. Mit kluger Ordnungspolitik statt Ordnungswut, mit Eigenverantwortung statt Bevormundung. Das schaffen wir nur gemeinsam, Politik und Wirtschaft Hand in Hand! ■

Substanz statt Symbolpolitik

Deutschland steht vor einer Zeitenwende. Nach Jahren wirtschaftlicher Stagnation und politischer Unsicherheit haben wir nun wieder eine stabile Regierung. Mit Friedrich Merz als Bundeskanzler übernimmt Deutschland erneut Verantwortung in Europa. Deutschland ist zurück – wie Merz es formuliert hat.

„Wir müssen die Ursachen des Frustes angehen.“

Die Herausforderungen bleiben indes gewaltig. Der Krieg in Europa dauert an, und autoritäre Regime wie China, Russland, Iran und Nordkorea stellen das westliche Wertesystem infrage. Das transatlantische Bündnis steht unter Druck; und dies zu einer Zeit, in der Deutschland wirtschaftlich Federn

lassen musste. „Minuswachstum“ bedeutet, dass der Kuchen kleiner wird. Und je kleiner der Kuchen, desto härter werden die Verteilungskämpfe.

Die politische Dimension ist ernst: Zuletzt haben über zehn Millionen Deutsche Parteien am rechten Rand gewählt. Wir als Union stehen als Bollwerk gegen Extremismus. Doch Symboldebatten reichen nicht. Wir müssen die Ursachen des Frustes angehen – etwa bei Migration, Leistungsgerechtigkeit und sicheren Arbeitsplätzen. Die allermeisten Probleme können wir aus eigener Kraft lösen. Entscheidend für unsere Rolle in der Welt ist Wachstum. Warum bekommen wir Termine in Peking und Washington? Weil wir die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt sind.

Wachstum ist zugleich die beste Sozialpolitik für Deutschland. Deshalb handeln wir sofort: Die Energiekosten

müssen deutlich sinken. Erste Schritte sind bereits eingeleitet. Mit einem Investitions-Booster werden wir gezielt neue Impulse setzen. Unternehmen können für Investitionen in bewegliche Wirtschaftsgüter jährlich bis zu 30 Prozent des Restwerts steuerlich abschreiben, Personengesellschaften werden steuerlich stark entlastet.

Auch beim Bürokratieabbau machen wir Fortschritte: Unnötige Berichtspflichten im Lieferkettengesetz werden gestrichen, das umstrittene Heizungsgesetz überarbeitet. Verwaltungsprozesse werden gestrafft, Prioritäten neu gesetzt. Das Arbeitszeitgesetz wird nach über 20 Jahren endlich modernisiert.

Innovationen und Technologieoffenheit sind entscheidend. Im Bereich der Kernfusion verfügen wir mit den Standorten Darmstadt und München über exzellente Forschungszentren von internationalem Rang. Dennoch investieren Länder wie die USA und China deutlich umfangreicher und mit höherem Tempo. Unser Anspruch ist es, zur Weltspitze aufzuschließen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein kommerziell nutzbarer Kernfusionsreaktor auch in Deutschland realisiert werden kann.

Diese Koalition startet ohne Euphorie, aber mit einem klaren Auftrag: Wir wollen schnell ins Handeln kommen und Deutschland wieder auf Kurs bringen – mit echter Substanz und dem Ziel, Sie alle positiv zu überraschen. ■

Jens Spahn
Fraktionsvorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Foto: Jens Schicke

Vertrauen in Unternehmen, Tempo bei Reformen



Foto: Hans-Christian Plambeck

Carsten Linnemann
Generalsekretär der CDU

Deutschland braucht einen Neuanfang. Wir müssen Unternehmen endlich wieder vertrauen und auf Eigenverantwortung setzen, statt die Wirtschaft ständig mit neuen Regularien zu belasten.

„Wir dürfen nicht weiter zögern.“

Für mich ist klar: Die europäische Kapitalmarktunion muss entschlossen vorangetrieben werden. Wir dürfen nicht weiter zögern, sondern müssen die Voraussetzungen schaffen, damit Deutschland wieder an Bedeutung auf den Finanzmärkten gewinnt. Freihandelsabkommen sind essenziell, auch wenn die WTO de facto beerdigt

ist. Der Abbau von Zöllen sorgt für Wachstum. Gleiches gilt für handels-hemmende Regularien, die dringend beseitigt werden sollten.

Unser Land braucht jetzt Optimismus. Wir müssen die nörgelnde Grundhaltung überwinden und keine Grabreden über eine neue Bundesregierung halten, bevor ein Neuanfang stattfinden kann. Statt „Sofortismus“ muss eine konsequente Umsetzung erfolgen. Schritt für Schritt, wie im erfolgreichen Management eines Unternehmens: Projekte werden nacheinander abgeschlossen und die Verantwortung wird klar verteilt.

Auch bei der wirtschaftlichen Erneuerung ist Tempo gefragt: Die Ab-

schreibungsbedingungen müssen zügig verbessert, die Unternehmenssteuer reformiert, die Energiekosten gesenkt und unnötige Auflagen für Unternehmen abgebaut werden. Instrumente wie die Aktivrente stehen für eine soziale Marktwirtschaft, die Verantwortung und Eigeninitiative zusammenführt.

Mein Appell lautet: Die CDU muss eigenständig bleiben und ihre Rolle als Impulsgeber für Reformen ausfüllen. Ohne Optimismus, Mentalitätswandel und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Landes werden wir die Herausforderungen nicht meistern können. Doch genau darin liegt unsere Chance! ■

Deutschland braucht wieder Führung

Optimismus ist eine Führungsaufgabe. Nach einem schwierigen Start haben wir die pünktlichsten Flüge seit zehn Jahren hinbekommen. Doch während wir als Lufthansa endlich wieder zuverlässig funktionieren, wächst meine Sorge um den Standort Deutschland.

„Technologie, nicht Ideologie, bringt uns beim Klimaschutz voran.“

Erstmals haben wir mehr Flugzeuge außerhalb Deutschlands stationiert als in Frankfurt und München. Das kann

nicht unser Ziel sein. Warum fliegt ein Gast von Dresden nach Mallorca über Prag? Weil er dort 40 Euro pro Ticket spart, die in Deutschland als Steuern und Gebühren anfallen. Die hohe Luftverkehrssteuer, die kein anderes europäisches Land auf diesem Niveau erhebt, macht zusammen mit gestiegenen Sicherheitsgebühren Flüge aus Deutschland unattraktiv.

Die Politik muss deshalb handeln. Aber zunächst müssen wir Unternehmer unsere Hausaufgaben machen. Wir investieren in 250 neue Flugzeuge, alle zwei Wochen kommt ein moderneres hinzu. Technologie, nicht Ideologie, bringt uns beim Klima-

schutz voran. Wir setzen auf nachhaltige Kraftstoffe und effiziente Triebwerke statt auf nationale Alleingänge bei der E-Fuel-Quote.

Deutschland hat als größte Volkswirtschaft Europas jahrelang in Brüssel keine Meinung gehabt. Das war ein Führungsversagen. Wir brauchen wieder Selbstbewusstsein. Bei EU-Regulierungen wie dem Emissionshandel leiden europäische Airlines unter Kosten, die Konkurrenten aus Istanbul oder Dubai nicht tragen müssen. Das verlagert nur Verkehrsströme, reduziert aber keine Emissionen.

Vielfalt ist Europas Stärke. Als Lufthansa verbinden wir Menschen, Kulturen und Volkswirtschaften. Darauf sollten wir stolz sein, statt ständig zu klagen. Wer wissen will, wie gut wir es haben, sollte mal woanders hinfliegen. Deutschland ist noch immer ein großartiger Ort zum Leben. Aber ohne mutige Reformen verlieren wir den Anschluss. ■

Carsten Spohr
Vorsitzender des Vorstands,
Lufthansa AG



Foto: Hans-Christian Plambeck

Deutschland muss historische Chance nutzen

Die internationale Wirtschaft sehnt sich nach Stabilität und Berechenbarkeit. In einer Zeit, in der die amerikanische Handelspolitik zunehmend volatil wird und die anhaltenden Spannungen zwischen den USA und China die globalen Märkte belasten, bietet sich Deutschland eine außergewöhnliche strategische Gelegenheit.

Das Vertrauen in die USA als traditionellen sicheren Anlagehafen beginnt zu schwinden, während institutionelle Investoren weltweit nach verlässlichen Alternativen suchen. Sollte der Anteil des Euro an den internationalen Währungsreserven lediglich um fünf Prozentpunkte steigen, würde dies Kapitalströme von etwa 600 Milliarden Euro in die Eurozone lenken – ein Betrag, der die Mittel des Infrastruktur-Sondervermögens um 100 Milliarden Euro übertrifft.

„Deutschland benötigt einen systematischen Abbau bürokratischer Hemmnisse.“

Diese Entwicklung erfordert jedoch entschlossenes und zeitnahes Handeln, um Deutschlands Position als attraktiver Wirtschaftsstandort zu festigen und das entstehende Vertrauensvakuum strategisch zu nutzen.

Das verabschiedete Finanzpaket stellt eine solide Grundlage dar. Die Rating-

agentur Standard & Poor's bewertet die damit verbundene Verschuldung als „credit positive“. Dennoch kann dieses Paket seine volle Wirkung nur entfalten, wenn es durch tiefgreifende strukturelle Reformen flankiert wird.

Deutschland benötigt einen systematischen Abbau bürokratischer Hemmnisse, eine spürbare Senkung der Energiekosten sowie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Die internationale Finanzgemeinschaft beobachtet diese Entwicklungen mit großer Aufmerksamkeit und wartet auf entsprechende Signale. Gleichzeitig muss Deutschland seine Führungsrolle in der Europäischen Union wiederbeleben. Die Vollendung der Kapitalmarktunion ist von strategischer Dringlichkeit: Europäische Investoren investieren jährlich rund 500 Milliarden Euro in amerikanische Märkte, anstatt diese Mittel in die heimische Wirtschaft zu lenken. Besonders gravierend ist die Tatsache, dass etwa 60 Prozent des Handels mit europäischen Staatsanleihen über amerikanische Plattformen und Finanzinstitute abgewickelt wird – eine strukturelle Abhängigkeit, die es zu durchbrechen gilt.

Der Multiplikatoreffekt ist beträchtlich: Privates Kapital kann die Wirkungskraft öffentlicher Investitionen um das Vier- bis Fünffache verstärken. Mario Draghi bezifferte den jährlichen Investitionsbedarf Europas auf 800 Milliarden Euro – eine Summe, die ohne die Mobilisierung privaten Kapitals nicht zu bewältigen ist.



Foto: Hans-Christian Plambeck

Christian Sewing
Vorsitzender des Vorstands,
Deutsche Bank AG

Hierfür benötigen wir liquide Kapitalmärkte und leistungsstarke europäische Finanzinstitute.

Die Sparquoten haben aufgrund der weitverbreiteten Zukunftsskepsis wieder Corona-Höchststände erreicht. Sollte sich jedoch die Stimmung wandeln, könnte das Wirtschaftswachstum schneller zurückkehren als derzeit prognostiziert.

Europa schätzt Deutschlands Bekanntheit zu Freihandel und multilateralen Partnerschaften. Mit stabilen demokratischen Institutionen und einer breit diversifizierten Wirtschaft verfügen wir über alle entscheidenden Voraussetzungen. Es wäre fahrlässig, diese historische Gelegenheit ungenutzt verstreichen zu lassen. ■

Sport stärkt die Gesellschaft

Die institutionelle Stärkung des Sports im Kanzleramt ist ein richtiger Schritt mit Signalwirkung. Denn Sport ist ein zentraler Bestandteil unseres gesellschaftlichen Fundaments. Er vermittelt Werte wie Leistungsbereitschaft, Disziplin, Fairness, Resilienz und Zusammenhalt. In einer Zeit, in

„Leistung ist keine Ausgrenzung, sondern ein Motor für die Entwicklung.“

der gesellschaftliche Bindungskräfte schwinden, übernimmt insbesondere der Fußball eine identitätsstiftende Rolle. Daraus erwächst Verantwortung – für Vereine, Verbände und nicht zuletzt für die Politik.

Eintracht Frankfurt steht für diese Werte. Mit über 20.000 aktiven Mitgliedern, quer durch alle Alters- und Gesellschaftsgruppen, wird Sport bei uns als gelebte Gemeinschaft verstanden. Gleichzeitig zeigt der Profi-

bereich, dass wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftliche Verantwortung kein Widerspruch sein müssen. Das setzt jedoch kluge politische Rahmenbedingungen voraus.

Nach Jahren überdurchschnittlichen Wachstums im Profifußball ist ein be-

wusster Umgang mit Ressourcen und Erwartungen notwendig. Leistung, Wettbewerb und Zielorientierung dürfen dabei nicht infrage gestellt werden, sondern verdienen neue Anerkennung – auch in der Bildung und Nachwuchsförderung. Leistung ist keine Ausgrenzung, sondern ein Motor für individuelle und kollektive Entwicklung.

Jetzt braucht es Investitionen in moderne Infrastruktur, digitale Systeme, gezielte Förderung und eine Aufwertung des Ehrenamts. Sportpolitik muss Querschnittspolitik werden, wenn wir wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell zukunftsfähig bleiben wollen. ■



Axel Hellmann

Vorstandssprecher, Eintracht Frankfurt Fußball AG

Foto: Hans-Christian Plambeck



Foto: Hans-Christian Plambeck

Wachstum durch eigene Stärke

Wir Fußballer arbeiten in einer privilegierten Branche. Der Sport verzeichnet seit Jahrzehnten kontinuierliches Wachstum. In einigen Märkten ist Fußball noch unterrepräsentiert, dort liegt weiteres Potenzial. Entscheidend ist jedoch, dass wir selbst für gesundes und nachhaltiges Wachstum sorgen.

Die Premier League profitiert von der englischen Sprache und besonderen Marktbedingungen. Wir sollten nicht versuchen, ihr hinterherzulaufen, sondern unseren eigenen Weg gehen. Das bedeutet, unsere Stärken auszubauen, stabile Partnerschaften mit Sponsoren zu pflegen, die Auslandsvermarktung zu verbessern und die Wertschöpfung im Inland zu stärken. Der FC Bayern zeigt mit über 400.000 Mitgliedern aus allen gesellschaftlichen Gruppen, dass Wachstum auch ohne übermä-

„In Deutschland wird oft über das Verteilen gesprochen, bevor es überhaupt etwas zu verteilen gibt.“



Foto: Hans-Christian Plambeck

Jan-Christian Dreesen

Vorstandsvorsitzender, FC Bayern München AG

ßigen Kommerz möglich ist. Heute sehen wir rund ein Drittel Frauen im Stadion, was vor einigen Jahrzehnten kaum vorstellbar war.

Ich bin kein Freund von Umverteilungsdebatten. In Deutschland wird oft über das Verteilen gesprochen, bevor es überhaupt etwas zu verteilen

gibt. Wir wollen leistungsstarke Clubs weiter stärken und gleichzeitig solidarisch handeln. Wenn wir es schaffen, die Liga gemeinsam international erfolgreicher zu machen und höhere Erlöse zu erzielen, profitieren am Ende alle.

Der größte Anreiz im Fußball ist der Sieg am Samstag. Unsere Leistung ist unmittelbar messbar. Was wir dafür brauchen, sind Kommunen, Städte und Länder, die den Sport unterstützen. Denn wir investieren nicht nur in den Profibereich, sondern auch in die Infrastruktur, die der gesamten Gesellschaft zugutekommt. Fußball ist Teamsport. Auch Ausnahmespieler funktionieren nur im Zusammenspiel. Das ist die zentrale Botschaft, die wir von der U11 bis zu den Profis weitergeben. ■



Foto: Hans-Christian Plambeck

Während hierzulande debattiert wird, schaffen andere längst Fakten

Die öffentliche Diskussion dreht sich um ChatGPT und große Sprachmodelle, aber die eigentliche Revolution findet im Verborgenen statt: Die Zukunft der KI entscheidet sich nicht am Schreibtisch, sondern in Fabriken, Kraftwerken und Flugzeugen. Wir sprechen aus Erfahrung. Als Unternehmen mit 40 Milliarden US-Dollar Umsatz und 145 Produktionsstätten weltweit sehen wir: Die fundamentale Transformation vollzieht sich in der Industrie.

„Geld allein schafft keine Innovationen.“

Deutschland diskutiert aktuell viel über KI-Ethik und Regulierung. Das ist zweifelsohne wichtig. Doch während hierzulande debattiert wird, schaffen andere längst Fakten. Unsere Cockpit-Systeme sind bereits heute mit agentenbasierter KI ausgestattet: Ein Pilot mit 15 Jahren Erfahrung kann damit Aufgaben bewältigen, für die früher 20 Jahre Praxis notwendig waren. Ein weiteres Beispiel: Konferenzräume werden bisher oft unabhängig von der Auslastung gekühlt, mal für 50, mal für 1.000 Personen. Das ist ineffizient. KI-gesteuerte Systeme passen die Klimatisierung automatisch an und sparen so bis zu 30 Prozent Energie. Überträgt man diese Einsparungen auf alle Gebäude in Deutschland, wäre das geradezu revolutionär.

Ein bedeutender Tätigkeitsbereich für Honeywell ist außerdem die Verteidi-

gungstechnologie. Als großer Anbieter im Aerospace- und Verteidigungssektor arbeiten wir eng mit deutschen Unternehmen wie Rheinmetall zusammen, um nationale Sicherheitsanforderungen zu unterstützen. Der Ausbau von Wartungs-, Reparatur- und Modernisierungsdienstleistungen (MRO) ist dabei ein strategischer Fokus, um so die technologische Souveränität Deutschlands weiter zu stärken.

Das neue Infrastrukturpaket der Bundesregierung ist ein wichtiges Signal. Doch Geld allein schafft keine Innovationen. Deutschland hat mit der Energiewende Mut bewiesen, über 50 Prozent erneuerbare Energien sprechen für sich. Jetzt braucht es den nächsten Schritt: Die Chance liegt in der Nutzung von Biokraftstoffen. Biokraftstoffe sind verfügbar, ebenso gibt es die Technologie längst, um aus Bio-

masse und Holzabfällen Biokraftstoffe wie nachhaltigen Flugkraftstoff herzustellen.

Viele unterschätzen heute, wie schnell aktuell Quantencomputing voranschreitet. Manche erwarten erst 2040 wirkliche Durchbrüche. Meines Erachtens ein Irrtum. Unser Partner Quantinuum wird ein System mit mehr als 100 Qubits präsentieren. Das markiert den Wendepunkt, an dem Quantencomputer klassische Systeme übertreffen werden. Für die deutsche Autoindustrie bedeutet das: neue Materialien, bessere Batterien, effizientere Prozesse.

Deutschland verfügt über alle Voraussetzungen für die nächste industrielle Revolution: Was fehlt, ist Tempo. Die Zeit der Arbeitskreise ist vorbei. Jetzt zählen Ergebnisse. ■



Foto: Hans-Christian Plambeck

Vimal Kapur
CEO Honeywell

Der 10-Punkte-Plan für eine tragfähige Pflegereform

Wie kann die Pflegeversicherung zukunftssicher reformiert werden? Der Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) hat hierzu einen 10-Punkte-Plan mit konkreten Vorschlägen vorgelegt – generationengerecht, finanzierbar und praxisnah.

Ein Advertorial des PKV-Verbands

Die Koalition aus Union und SPD hat sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, eine „große Pflegereform“ auf den Weg zu bringen. Vorschläge dazu soll eine Bund-Länder-Kommission noch in diesem Jahr vorlegen. Fest steht, dass angesichts der gewaltigen Herausforderungen in der Pflegeversicherung ein echter Paradigmenwechsel notwendig ist.

Denn von der Alterung unserer Bevölkerung sind zwar alle Sozialversicherungszweige betroffen. Doch da Pflegebedürftigkeit vor allem in hohem Lebensalter eintritt, steht dieser Versicherungszweig unter besonders großem Reformdruck. Das ist schon heute zu spüren: Derzeit gibt es rund 5,7 Millionen Pflegebedürftige – eine Zahl, die das Statistische Bundesamt ursprünglich erst für das Jahr 2035 prognostiziert hatte.

Eigenverantwortung stärken

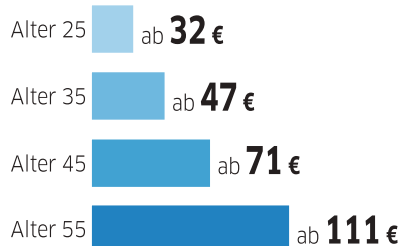
Um dieser Dynamik wirkungsvoll zu begegnen und die Pflegeversicherung zukunfts- und generationengerecht aufzustellen, reichen punktuelle Eingriffe nicht mehr aus. Stattdessen braucht es einen Mix aus unterschiedlichen Maßnahmen, die teils sofort greifen und teils mittelfristig wirken.

Genau hier setzt der 10-Punkte-Plan der Privaten Krankenversicherung an. Er enthält zunächst Vorschläge für eine Reform der Pflegefinanzen. Keinesfalls darf die Umlagefinanzierung mit Blick

Mehr Eigenverantwortung ist schon heute möglich

So viel kostet es, die pflegebedingten Kosten im Heim abzudecken

Möglicher Monatsbeitrag in Euro bei Abschluss mit ...



* Zur Absicherung der selbst zu tragenden pflegebedingten Kosten im Pflegeheim von bis zu 1.400 Euro monatlich.

Quelle: Assekurata April 2024

auf die strukturellen Defizite der Sozialen Pflegeversicherung ausgeweitet, sondern muss sinnvoll ergänzt werden: Durch eine Stärkung der Eigenverantwortung und der generationengerechten privaten und betrieblichen Vorsorge.

Hierzu gibt es bereits fertige Konzepte wie den „Neuen Generationenvertrag der PKV“ oder das Modell einer obligatorischen Pflegezusatzversicherung vom Experten-Rat Pflegefinanzen. Zudem enthält der 10-Punkte-Plan Ideen für die steuerliche Förderung privater Vorsorge und die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen. So dürfen die Beiträge zur Pflegeversicherung zum Beispiel nicht für die Renten-

versicherung pflegender Angehöriger zweckentfremdet werden.

Mögliche Kostensenkungen identifiziert der Plan zudem bei den erst 2022 eingeführten Zuschüssen zur vollstationären Pflege. Sie haben sich schon jetzt als eine der teuersten Sozialreformen in der Pflege entpuppt. Der Ausgabenzuwachs muss daher zwingend abgebrems werden.

Mit Prävention Pflegebedürftigkeit verhindern

Neben der Finanzierung enthält der 10-Punkte-Plan der PKV auch Vorschläge im Leistungsbereich und zur Stärkung der Prävention. So plädiert die PKV für eine Vereinfachung und Flexibilisierung der Leistungen sowie für eine Entbürokratisierung in der Pflege. Außerdem setzt sie sich dafür ein, durch Prävention den Eintritt von Pflegebedürftigkeit und die Verschlechterung bestehender Pflegebedürftigkeit zu vermeiden.

An die Bund-Länder-Kommission appelliert PKV-Verbandsdirektor Florian Reuther: „Wir haben in der PKV jahrzehntelange Erfahrung mit nachhaltiger, kapitalgedeckter Finanzierung der Pflegeversicherung. Mit dieser Expertise und unserem 10-Punkte-Plan bieten wir der Bundesregierung unsere volle Unterstützung an“.

Den 10-Punkte-Plan zur Pflege finden Sie unter www.pkv.de/10-punkte.



Foto: AdobeStock©Anat art

Weckruf aus Washington

32 Jahre nach Gründung des europäischen Binnenmarktes ist die Zeit für einen neuen Meilenstein gekommen. Der Impuls dazu kommt ausgerechnet aus Washington.

Von Marion Walsmann

Wir schreiben das Jahr 1993. Die innerdeutsche Grenze war noch nicht allzu lang Geschichte, Deutschland amtierender Fußball-Weltmeister und ein gewisser Friedrich Merz saß als junger Abgeordneter im EU-Parlament. Was noch viel wichtiger ist: Am 1. Januar 1993 trat ein Versprechen in Kraft, das Europa bis heute prägt: der europäische Binnenmarkt. Freier Waren- und Dienstleistungsverkehr, Kapital- und Personenfreizügigkeit – ein echter Meilenstein. Aus damals zwölf Volkswirtschaften entstand ein gemeinsamer Wirtschaftsraum.

32 Jahre später überspannt der europäische Binnenmarkt 27 EU-Mitgliedsstaaten mit 31 Millionen Unternehmen und 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern. Der größte gemeinsame Wirtschaftsraum

der Welt. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) profitieren davon, sind sie doch häufig Zulieferer von großen Industrieunternehmen im europäischen Ausland.

Allein in Deutschland gibt es etwa 2,5 Millionen KMU. Nahezu 17 Millionen Beschäftigte arbeiten im Mittelstand und sorgen für nahezu die Hälfte der gesamten Wertschöpfung in Deutschland. Sie alle profitieren besonders stark vom Abbau von Handelshemmnissen. Denn es sind die vielen Mittelständler ohne Ressourcen für eigene Rechts- oder Export-Abteilungen, die dank des Binnenmarktes viel einfacher Geschäfte im EU-Ausland realisieren können.

Um ihnen zu helfen, hat die Europäische Union ein Binnenmarktprogramm mit speziellen Mitteln

für KMU aufgelegt. Im Zeitraum von 2021 bis 2027 fließen etwa eine Milliarde Euro, insbesondere zur Erleichterung des Marktzugangs, zur Förderung des Unternehmertums oder der Modernisierung von Anlagen. Andere Programme wie Next-GenerationEU oder Horizont Europa unterstützen in Sachen Digitalisierung und Innovation.

Neue Weltlage – Trumps „America First“ als Binnenmarkt-Booster

Der Binnenmarkt ist ein außerordentlicher Erfolg. Aber er ist nicht abgeschlossen, noch gibt es zu viele Hindernisse. Vielleicht hilft uns bei der Vollendung des Binnenmarktes ausgerechnet ein Mann, den dabei die wenigsten auf der Rechnung hatten, am allerwenigsten wohl er selbst: Donald Trump.

Zölle auf Aluminium und Stahl, Drohungen gegen europäische Autobauer, Maximalforderungen bei Handelsgesprächen, dann wieder Aufschub für ein paar Wochen – all das macht leider klar: Die USA sind unter Trump kein verlässlicher Partner mehr.

Für Europa – und ganz besonders für Deutschland als Exportnation bedeutet das: Wir müssen uns auf den Binnenmarkt als unser stärkstes wirtschaftliches Instrument besinnen. Es ist der einzige Weg. Gerade darin liegt die Chance. Die Zeit für falsche Bescheidenheit ist jetzt endgültig vorbei, denn unser Potenzial ist riesig. Schöpfen wir es voll aus, können wir Trumps Zölle mehr als nur ausgleichen. Laut Berechnungen des Internationalen Währungsfonds kommen geltende Anforderungen, Normen und Berichtspflichten einem Binnenzoll von 44 Prozent auf Industriegüter gleich. Bei Dienstleistungen sind es demnach sogar 110 Prozent.

Was das konkret bedeutet? Berufliche Abschlüsse werden nicht automatisch anerkannt. Die Entsendung von Arbeitskräften ins EU-Ausland ist kompliziert. Steuer- und Sozialversicherungssysteme passen nicht zusammen. Digitale Geschäftsmodelle werden durch 27 verschiedene Rechtsrahmen erschwert. Und die Verbraucherinnen und Verbraucher können nicht verstehen, warum sie für identische Produkte in zwei Nachbarländern deutlich unterschiedliche Preise zahlen sollen. Jetzt ist der Moment gekommen, diese Probleme anzugehen.

Offensive Binnenmarktpolitik – in vier Punkten:

1. Dienstleistungen entfesseln:

Über 70 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung stammt aus dem Dienstleistungssektor. Trotzdem gibt es hier noch immer massive Hürden. Große Hoffnungen ruhen auf dem „28. Regime“. Statt sich mit den 27 Rechtsrahmen der EU-Mitgliedsstaaten zu beschäftigen, sollen innovative Unternehmen künftig auf Basis des „28. Regime“ gegründet werden können. Einheitliche Regeln für grenzüberschreitende Dienstleistungen können hier einen echten Schub bringen – besonders für Start-ups, Selbstständige und Mittelständler.

2. Kapitalmarkt vollenden:

Innovation braucht Finanzierung. Eine funktionierende Kapitalmarktunion ist entscheidend, um Investitionen grenzüberschreitend zu ermöglichen – etwa in Digitalisierung, Infrastruktur oder Klima-Technologien. Sollen eines Tages Tech-Giganten „Made in Europe“ entstehen, müssen wir mehr Risikokapitalgeber anlocken.

3. Bürokratie abbauen:

Die regulatorische Belastung europäischer Unternehmen ist hoch – und wächst weiter. Deshalb fordern wir als EVP: Jede neue Regel braucht eine klare Folgenabschätzung. Zudem müssen insbesondere KMU gezielt entlastet werden. Die Kommission hat sich mit den Omnibus-Paketen zum

Ziel gesetzt, Unternehmen von 25 Prozent ihres Verwaltungsaufwandes zu befreien, KMU sogar um 35 Prozent. Die EVP-Fraktion im EU-Parlament unterstützt dies ausdrücklich. Ein Hebel dabei: Bestehende nationale Regulierungen harmonisieren, indem wir für alle 27 Mitgliedsstaaten gleichermaßen geltende EU-Verordnungen erlassen. Hier ist Augenmaß gefragt, denn auch die Vielfalt der 27 EU-Mitgliedsstaaten ist eine unserer Stärken.

„Jede neue Regel braucht eine klare Folgenabschätzung.“

4. Krisenfest werden:

Energiebinnenmarkt, digitaler Binnenmarkt, Gesundheitsbinnenmarkt, Verteidigungsbinnenmarkt, in all diesen Bereichen wurde und wird in den nächsten Monaten etwa passieren. Gleichzeitig müssen wir die europäische Krisenfestigkeit stärken: Der „Internal Market Emergency and Resilience Act (IMERA)“ ist ein wichtiger Schritt dahin. Ziel ist es, dass der Binnenmarkt auch in Ausnahmesituationen funktioniert. Koordinierung, Versorgungssicherheit und strategische Lagerhaltung sind zentrale Bausteine.

Der Aufbruch beginnt im Inneren

In einer Welt, in der strategische Allianzen brüchiger werden, ist mehr Handel untereinander der Schlüssel. Die Wirtschaft war schon immer der Motor der europäischen Integration. Erinnern wir uns zurück: Einst haben wir mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl angefangen. Heute sehen wir eine in vielen Bereichen eng verflochtene Europäische Union. Und morgen? Wenn wir es schaffen, den europäischen Binnenmarkt auf ein neues Level zu heben, sichern wir nicht nur Europas Wohlstand für die kommenden Generationen, sondern öffnen auch die Tür für weitere Meilensteine der europäischen Integration. ■



Foto: CHAPERON

Über die Autorin:

Marion Walsmann ist Mitglied der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses und Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz



„Eine leistungsfähige Stahlindustrie vor Ort ist Grundlage unserer Resilienz.“

Kerstin Maria Rippel steht an der Spitze der Wirtschaftsvereinigung Stahl – und spricht damit für eine Branche, die unter besonders hohem Transformationsdruck steht. TREND hat sie im Interview zu den drängendsten Themen befragt.

— Frau Rippel, der Wunsch nach wirtschaftlichem Aufbruch ist groß. Wo sehen Sie aktuell die größten Aufbruchspotenziale für die Stahlindustrie in Deutschland?

Das Aufbruchspotenzial unserer Branche besteht ganz klar im Umbau zu einer klimaschonenden Stahlproduktion – unter Beibehaltung unserer wirtschaftlichen Stärke. Denn emissionsarmer Stahl Made in Germany ist das Fundament unserer Wirtschaft. Er wird für den Ausbau unserer Infrastruktur gebraucht: für Schienen, Brücken, aber auch für Strommasten, Gas- und Wasserstoffpipelines, für Windräder an Land und auf See, für Solaranlagen. Anders gesagt: Ohne Stahl geht nichts in einer hochentwickelten Volkswirtschaft! Unsere Stahlunternehmen in Deutschland sind mit Milliardeninvestitionen aufgebrochen in

eine wirtschaftlich starke, klimaneutrale Zukunft – sie brauchen dafür aber auch Rahmenbedingungen, die Ihnen das Überleben am Standort ermöglichen. Standortnachteile müssen endlich beseitigt werden!

— Die Transformation hin zu grünem Stahl ist eine Jahrhundertaufgabe. Zuletzt wurden jedoch erste Projekte trotz Förderung wieder gestoppt. Was braucht es jetzt, damit der Umstieg auf klimaneutrale Produktion wirklich gelingen kann?

Sämtliche in Deutschland Stahl produzierenden Unternehmen standen und stehen zu ihrem Dekarbonisierungspfad. Dieser Umbau zur klimafreundlichen Stahlproduk-

tion ist allerdings weder starr vorgegeben noch ist er ein Selbstläufer. Er braucht zeitnahe politische Flankierung: Insbesondere und dringend müssen international wettbewerbsfähige Strompreise geschaffen werden. Da braucht es auf nationaler Ebene noch in diesem Jahr Entlastungen bei den massiv gestiegenen Übertragungsnetzentgelten, da braucht es aber auch ein Gesamtkonzept für einen dauerhaft planbaren Industriestrompreis – so wie das in Frankreich seit Jahrzehnten und in Italien seit diesem Frühjahr möglich ist. Und damit die im Sondervermögen vorgesehenen Investitionen tatsächlich die deutsche Konjunktur anreizen, braucht es ein Vergaberecht, das emissionsarmen Stahl Made in Germany mindestens in der öffentlichen Beschaffung zur Bedingung macht.

— Die deutsche Stahlindustrie steht unter Druck: Billigimporte aus China, US-Zölle und zugleich strengere europäische Klimaregeln belasten die Unternehmen. Wie kann Stahl Made in Germany unter diesen Bedingungen wettbewerbsfähig bleiben?

Auf EU-Ebene sind wir auf wirksamen Außenhandelschutz und einen lückenlos funktionierenden CO₂-Grenzausgleich angewiesen. Die grundlegende Voraussetzung für den Erhalt unserer Industrie sind wirksame Maßnahmen gegen die globalen Überkapazitäten, vor allem aus Asien. Dazu braucht es ein Instrument das stärker und nachhaltiger wirkt als die bisherigen Instrumente der Welthandelsorganisation (WTO) – die zudem im kommenden Jahr auslaufen. Wir dürfen nicht riskieren, unsere heimische Grundstoffindustrie zu verlieren, denn das hieße, uns in strategische Abhängigkeiten zu begeben, die in Zeiten geopolitischer Verwerfungen keiner wollen kann. Eine leistungsfähige Stahlindustrie vor Ort ist Grundlage unserer Resilienz.



Foto: Manfred H. Vogel

Kerstin Maria Rippel
ist Hauptgeschäftsführerin
der Wirtschaftsvereinigung Stahl

„Wer Milliarden in den Umbau seiner Produktionsrouten investiert, braucht verlässliche Rahmenbedingungen.“



Foto: AdobeStock©Vadym

— An welcher politischen Stellschraube müsste aus Ihrer Sicht zuerst gedreht werden, damit industrieller Aufbruch in Deutschland gelingt?

Eine zentrale Stellschraube ist Planungssicherheit. Wer Milliarden in den Umbau seiner Produktionsrouten investiert, braucht verlässliche Rahmenbedingungen – bezahlbare Energie und wirksamer Handelsschutz. Stahl Made in Germany ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wer industriellen Aufbruch will, muss also zuerst dafür sorgen, dass klimafreundliche Produktion hier im eigenen Land konkurrenzfähig bleibt – sonst findet der Aufbruch woanders statt.

— Wo haben Sie in letzter Zeit eine Veränderung erlebt, bei der Sie dachten: Das ist echter Fortschritt?

Der Clean Industrial Deal und der nach dem Stahl-Gipfel mit der Kommissionspräsidentin geschaffene Stahl- und Metallaktionsplan haben mir – in Zusammenschau mit dem Koalitionsvertrag im Frühjahr – wirkliche Zuversicht vermittelt. Aber Ankündigungen reichen nicht, wir brauchen die Umsetzung, damit unsere Unternehmen weiter kraftvoll den Grundstoff unserer Volkswirtschaft produzieren können – Made in Germany! ■



Foto: Jens Schieke

Wir bauen die Cybernation

Deutschlands Weg zu digitaler Resilienz und Souveränität

Mit seiner neuen Leitveranstaltung „Wir bauen die Cybernation – Deutschlands Weg zu digitaler Resilienz und Souveränität“ hat der Wirtschaftsrat ein deutliches Signal gesetzt: Cybersicherheit ist keine Randnotiz, sondern Kernaufgabe für wirtschaftliche Stärke, staatliche Handlungsfähigkeit und demokratische Stabilität. Rund 250 Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft, Behörden, Wissenschaft und Medien trafen sich im Berliner Waldorf Astoria, um den Startschuss für einen ambitionierten Strategieprozess zu geben.

Digitalisierung braucht Verteidigung – jetzt handeln

„Digitalisierung und Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille“, betonte Wirtschaftsrat-Präsidentin Astrid Hamker. Deutschland müsse Risiken sofort minimieren und gleichzeitig wirtschaftliche Chancen nutzen – durch eine moderne Sicherheitsarchitektur, zukunftsgerichtete Bildungspolitik und eine enge Kooperation von Staat und Wirtschaft. Alle Bundesbehörden stehen in der Pflicht, verbindlichen IT-Grundschutz umsetzen – ohne Ausnahmen. Zugleich benötigt das BSI umfassende Weisungs- und Durchsetzungskompetenz, um notwendige Sicherheitsstandards auch durchzusetzen.

Resilienz statt Reaktion

BSI-Präsidentin Claudia Plattner unterstrich die Notwendigkeit eines einheitlichen, übergreifenden Cyber-Lage-

bilds und koordinierter Reaktionen „ab Sekunde Null“. Friederike Dahms vom BMI stellte das geplante „Cyber Shield“ vor – eine automatisierte Angriffsabwehr, die ab 2026 nicht nur Angriffe erkennt, sondern aktiv verhindert. Mindeststandards dürfen dabei nur als Untergrenze dienen; kritische Systeme müssen höhere Sicherheitsniveaus erreichen.

Industriepolitik mit Biss

Deutschland verfügt über eine innovative, aber noch zu kleine Cybersicherheitsbranche. „Wir brauchen wettbewerbsfähige heimische Anbieter und klare industriepolitische Leitplanken“, forderte BDI-Geschäftsführerin Iris Plöger. Aus Sicht des Wirtschaftsrates muss der Schutz der eigenen Technologien dabei mit gezielter Offenheit für Kooperationen abgewogen werden – insbesondere bei großen US-Cloud-Anbietern. Schnellere Genehmigungen für digitale Infrastrukturen und ein einheitlicher C5-Kriterienkatalog für Cloud-Anbieter sind dringend erforderlich.

Forschung in marktfähige Produkte überführen

Trotz exzellenter Forschung gelingt es noch zu selten, Ergebnisse in marktfähige Produkte zu überführen. Prof. Gabi Dreo-Rodosek mahnte mehr Risikobereitschaft und gezielte Investitionen in Schlüsseltechnologien wie Quantencomputing an, um Deutschlands technologische Souveränität zu sichern.

Koordinierte staatliche Strukturen schaffen

Die aktuelle Lage ist alarmierend: 77 Bundesbehörden und Institutionen arbeiten teils parallel, mit unklaren Zuständigkeiten und ohne klare Priorisierung. Rechenzentren erfüllen oft nicht einmal Mindeststandards. Der Wirtschaftsrat warnt: Ein Staat, der sich selbst von seinen Sicherheitsvorgaben ausnimmt, schwächt seine eigene Verteidigung. Sofortige Maßnahmen sind erforderlich: klare Zuständigkeiten, kohärente Sicherheitsarchitektur und verbindliche Mindeststandards für alle Systeme.

Interaktive Formate am zweiten Veranstaltungstag

Am zweiten Veranstaltungstag standen interaktive Formate im Zentrum: In World Cafés und Themenforen entwickelten Vertreter aus Bundesministerien, Behörden, Unternehmen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft konkrete Impulse zu einer zukunftsfähigen Sicherheitsarchitektur, einer eigenständigen Cybersecurity-Industrie sowie exzellenter Bildung und Forschung. Besonders aktiv beteiligten sich Vertreter von BSI, BMWK, AA, KAS sowie frühere BMI-Führungskräfte. Ziel war es, den Strategieprozess der Bundesfachkommission Cybersicherheit mit breitem gesellschaftlichem Input zu fundieren und so die Grundlage für konkrete Handlungsmaßnahmen zu schaffen.

Vom Zaudern zur strategischen Offensive

Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats, machte in seinen Schlussworten klar: „Wir müssen aus der digitalen Defensive in die strategische Offensive kommen. Wer jetzt zaudert, riskiert den Standort und die politische Handlungsfähigkeit unseres Landes.“ Deutschland muss schneller, entschlossener und einheitlicher agieren, um digitale Resilienz und Souveränität zu sichern.

Cybernation 2030 – von der Vision zur Realität

Die Veranstaltung hat nicht nur Debatten angestoßen, sondern den Prozess zur Erarbeitung eines gemeinsamen Zielbilds für ein souveränes, resilientes digitales Deutschland gestartet. Künftig soll das Format jährlich stattfinden. Für den Wirtschaftsrat ist klar: Die Cybernation ist keine Utopie – sie ist Überlebensbedingung im 21. Jahrhundert. ■

Fazit: Deutschland muss jetzt handeln, klare Strukturen schaffen und seine Cyber-Resilienz offensiv ausbauen.



Fotos: Jens Schicke



Foto: Gemini_Generated_Image

Wie ein digitaler Aufbruch in der Verwaltung gelingen kann

Von Ahmet Mohamad

Digitalisierung ist in Deutschland kein Technikproblem, sondern ein strukturelles. Während viele Bürgerinnen und Bürger längst digital unterwegs sind, arbeitet die Verwaltung vielerorts noch mit Papierformularen, Faxgeräten und langen Bearbeitungszeiten. Dabei spielt gerade sie eine zentrale Rolle für den digitalen Fortschritt.

Für einen funktionierenden digitalen Staat reicht Technik allein nicht. Klar strukturierte Prozesse, einfache Sprache und vernetzte Systeme sind ebenso wichtig. Vor allem aber muss sich die Organisation staatlicher Abläufe grundlegend ändern. Kleine und mittelständische Unternehmen spüren täglich, wie digitale Defizite Zeit, Geld und Innovationskraft bremsen.

Dabei gibt es bereits funktionierende Lösungen: In Modellregionen laufen Genehmigungen komplett online. Die Nutzerinnen und Nutzer können den Bearbeitungsstatus einsehen, Daten werden automatisch erkannt, die Oberflächen sind einheitlich gestaltet. Erste Pilotprojekte zur automatisierten Steuer- oder Berichtspflicht zeigen, wie digitale Prozesse Freiräume schaffen und die Verwaltung effizienter machen. Diese Beispiele müssen zur Regel werden.

Auch neue Technologien wie Künstliche Intelligenz bieten große Chancen. KI kann Routineaufgaben automatisieren, Anträge vorsortieren, Dokumente analysieren und Anfragen rund um die Uhr bearbeiten. In ersten Kommunen laufen Pilotprojekte mit digitalen Assistenten, etwa zur Kfz-Zulassung oder Terminvergabe.

Ein Beispiel ist das System „F13“, das in Baden-Württemberg getestet wurde. Es unterstützt Mitarbeitende dabei, Texte zusammenzufassen, Sachverhalte zu strukturieren und Antworten auf komplexe Fragen zu erarbeiten. Auch KI-gestützte Texterkennung kann unstrukturierte Dokumente erfassen, klassifizieren und digital nutzbar ma-

chen. Das spart Zeit und verbessert die Qualität der Verwaltungsarbeit.

Diese Technologien ersetzen keine menschlichen Entscheidungen, sie unterstützen die Verwaltung dabei, schneller, fehlerfreier und serviceorientierter zu arbeiten. Angesichts des Fachkräftemangels ist ihr gezielter Einsatz ein wichtiger Hebel für eine zukunftsfähige Verwaltung.

Der digitale Umbau erfordert nicht nur technische Infrastruktur, sondern auch politischen Willen, enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie einen neuen Blick auf den Servicegedanken. Wer heute einen Online-Antrag stellt, erwartet die gleiche Nutzerfreundlichkeit wie bei einer Banking-App. Komplizierte Formulare, unklare Zuständigkeiten und technische Fehler führen zu Frust und Vertrauensverlust.

Die Einrichtung eines Bundesdigitalministeriums war ein wichtiges Signal. Doch echte Modernisierung entsteht nicht durch zentrale Vorgaben allein. Sie muss auf allen Ebenen mitgetragen werden – von der Kommune bis zur Bundesbehörde, von der IT-Abteilung bis zur politischen Spitze. Und sie muss sich an den Bedürfnissen der Menschen und Unternehmen orientieren.

Ein digitaler Staat ist die Grundlage dafür, dass Deutschland wirtschaftlich wettbewerbsfähig, gesellschaftlich offen und politisch handlungsfähig bleibt. Eine moderne Verwaltung beschleunigt Verfahren, schafft Transparenz, senkt Kosten und stärkt das Vertrauen in staatliches Handeln.

Der Aufbruch hat begonnen. Jetzt kommt es darauf an, ihn nicht im kleinteiligen Verwaltungsalltag zu verlieren. Jeder digitale Prozess, der funktioniert, stärkt das Vertrauen. Ein echter Neuanfang gelingt nur, wenn wir Verwaltung radikal nutzerzentriert denken – einfach, schnell und digital. ■

MUSS MAN NICHT VERSTEHEN.



FREIHEIT

SELTENE
BRIEFMARKEN
SAMMELN

Informationskampagne von

LÖWEN  **ENTERTAINMENT**
NOVOMATIC GROUP



Eine starke Finanzwirtschaft – unabdingbar für eine starke Volkswirtschaft

Von Christophe Darley

Während die Investitionen nach der Corona-Krise in anderen Volkswirtschaften, allen voran in den USA, wieder deutlich zulegen, verharret das Investitionsniveau privater Unternehmen in Deutschland noch immer auf dem Stand von 2016. Gleichzeitig stagniert das von Banken und Sparkassen an Unternehmen ausgereichte Gesamtvolumen an Krediten seit 2023. Vor allem im Mittelstand entwickelt sich die Kreditnachfrage unterdurchschnittlich. Die konjunkturellen und strukturellen Schwächen der deutschen Wirtschaft spiegeln sich auch in der Kreditvergabe wider: Die Finanzinstitute in Deutschland ver-

schärfen aufgrund ökonomischer Unsicherheiten ihre Vergabestandards, wie die EZB im jüngsten Bank Lending Survey zeigt. Betroffen sind auch hier vor allem KMU.

Nicht zuletzt angesichts dieser Gemengelage hat der Wirtschaftsrat der CDU im Sommer zu seiner zweiten „Finanzmarktklausur am Finanzplatz“ nach Frankfurt geladen. Dabei stand der Zusammenhang zwischen einer wettbewerbsfähigen Finanzwirtschaft und der Finanzierung der Wettbewerbsfähigkeit der Realwirtschaft im Mittelpunkt. Erfreulicherweise ist der Einladung auch die noch neue EU-Finanzkommissarin Maria

Luís Albuquerque gefolgt. Dem Wirtschaftsrat war es als erster Verband gelungen, die EU-Finanzkommissarin nach Deutschland zu holen und sie für einen direkten Austausch zu gewinnen. Albuquerque betonte, dass die EU-Kommission ihr Mandat auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas ausrichte. Neben dem Abbau von Bürokratie für Unternehmen, stehe die Spar- und Investitionsunion (SIU) im Mittelpunkt der EU-Agenda.

Es ist offensichtlich, dass die deutsche Wirtschaft Alternativen zur Fremdkapitalfinanzierung braucht. Investitionen in immaterielle digitale Werte, in Diversifizierung der Wertschöpf-



Fotos: Jens Schicke

fungsketten und CO₂-arme Produktionsverfahren brauchen Finanzierungsinstrumente des Kapitalmarktes. Das Bekenntnis der EU-Finanzkommissarin zur Umsetzung der SIU ist wohlthuend; in den Ausführungen der Spitzenvertreter der Finanzindustrie ist allerdings deutlich geworden: Nach 10 Jahren an Aktionsplänen müssen endlich Taten folgen. Am besten wäre ein von Deutschland und Frankreich gemeinsam initiiierter Aufschlag zur Kapitalmarktunion.

Hier ist vor allem der Bundesfinanzminister gefordert, denn: Deutschland muss sich überhaupt erst selbst fit für den Kapitalmarkt machen, bevor ein hiesiger Kapitalmarkt in eine Kapitalmarktunion integriert werden kann. Die hiesige Wirtschaft braucht dringend eine Brücke zwischen der klassischen Unternehmensfinanzierung über Kredite und einem zusätzlichen Nutzen über den Kapitalmarkt. Von besonderer Bedeutung ist hierbei der Verbriefungsmarkt: Verbriefungen geben nicht nur Banken zusätzliche Finanzierungschancen für die Wirtschaft; sie tragen auch zur Diversifizierung von Kreditrisiken bei, was für die Finanzierung von Transformation und Innovationen wichtig ist.

Zugleich braucht die private Wirtschaft, aber auch der Öffentliche Sektor, besseren Zugang zu privaten Kapitalgebern. Bei rund 3.400 Mrd. Euro an Spar- und Sichteinlagen und weiteren 2.500 Mrd. Euro, die

in Alterssicherungssystemen gehalten werden, hat Deutschland keinen Mangel an Kapital, es liegt aber falsch allokiert brach. Wenn aus Sparerhaushalten mehr Investoren in Unternehmen würden, könnte das entsprechende Kapital nicht nur einen volkswirtschaftlichen Beitrag leisten, sondern auch die Gesellschaft ein besseres Verständnis für Unternehmertum und Wirtschaft gewinnen.

Die Hebelwirkung von privatem Kapital kommt auch für öffentliche Investitionen zum Tragen. Die Diskussion auf unserer Finanzmarktklausur mit der Vizepräsidentin der Europäischen Investitionsbank, Nicola Beer, war vor allem für die deutsche Schuldendebatte bereichernd. So wurde deutlich: Investoren in den öffentlichen Sektor stehen bereit, nur kann privates Kapital kaum produktiv in öffentliche Projekte angelegt werden. Angesichts dessen sollte sich jedes

Infragestellen der Schuldenbremse verbieten. Vielmehr ist eine bessere Interoperabilität zwischen privaten und öffentlichen Finanzierungsinstrumenten nötig. Hier helfen Modelle privatrechtlicher Gesellschaften mit öffentlichen Fonds.

„Jedes Infragestellen der Schuldenbremse sollte sich verbieten.“

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Finanzmarktakteure nehmen für das Produktivitätswachstum in der EU eine tragende Rolle ein. Dieser Bedeutung muss sich die Politik in Berlin und Brüssel gewahr werden und dementsprechend handeln. Hier ließen die Ankündigung von BaFin-Präsident Mark Branson aufhorchen, unnötige Regulierung abbauen und für Klarheit in der Aufsicht sorgen zu wollen. ■



Foto: Jens Schicke

Über den Autor:

Christophe Darley ist Diplom-Volkswirt und leitet den Bereich Finanzmärkte, Europa und Internationales in der Bundesgeschäftsstelle des Wirtschaftsrates. Zudem koordiniert er die EU-Aktivitäten des Wirtschaftsrates über das Verbindungsbüro Brüssel.

STANDPUNKT STEIGER

Wenn Künstliche Intelligenz den Diskurs prägt

Fünf Thesen zur Zukunft der Wirtschaftspolitik

Von Wolfgang Steiger

Immer mehr Menschen informieren sich heute nicht mehr durch das mühselige Klicken durch Suchergebnisse, sondern verlassen sich auf KI-generierte Antworten. Ob durch Google's KI-Zusammenfassungen (noch vor den eigentlichen Suchergebnissen) oder spezialisierte Agenten wie ChatGPT – wer eine Frage stellt, erhält binnen Sekunden eine individuelle, scheinbar fun-

mentieren. Und diese tektonische Verschiebung bleibt nicht ohne Folgen – auch und gerade im Feld der Wirtschaftspolitik.

Im Folgenden fünf Thesen, wie sich dieses Phänomen konkret auf wirtschaftspolitische Prozesse, Narrative und Machtverhältnisse auswirken wird:

„Die Macht, Debattenrahmen zu setzen, verschiebt sich in die Blackbox der Modelle.“

dierte Antwort. Das geht auf Kosten bisheriger Informationsquellen. Wikipedia etwa hat seit 2022 mehr als eine Milliarde monatliche Seitenbesuche verloren. Viele Online-Angebote klassischer Leitmedien müssen bereits Traffic-Einbußen von mehr als 50 Prozent verkraften. Die KI wird vom Werkzeug zum Torwächter der Wissensvermittlung. Das verändert nicht nur, wie wir suchen – es verändert, wie wir denken, entscheiden, argu-

These 1: Die Agenda-Setzung verschiebt sich von Institutionen zu Algorithmen

Wer bisher wirtschaftspolitische Debatten dominierte – Zentralbanken, Ministerien, Thinktanks, Leitmedien – wird zunehmend durch KI-Systeme ergänzt oder sogar verdrängt. Denn die Fragen, die Bürger stellen, und die Antworten, die KIs darauf geben, formen neue Narrative. Wenn ein KI-Agent auf die Frage „Warum steigen die Mieten?“ mit einem marktkritischen statt einem angebotsorientierten Deutungsmuster antwortet, entsteht Meinung, bevor der politische Diskurs überhaupt beginnt. Die Macht, Debattenrahmen zu setzen, verschiebt sich in die Blackbox der Modelle.

These 2: Wirtschaftspolitische Bildung muss neu ausgerichtet werden

Nicht mehr nur ökonomisches Wissen entscheidet über die Teilhabe am Diskurs, sondern die Fähigkeit, die richtigen Fragen auf die richtige Weise zu stellen. Wer KI effizient nutzt, erhält differenzierte Antworten; wer naiv fragt, bekommt oberflächliche Erklärungen. Bildungsinstitutionen müssen darauf reagieren – sonst vertieft sich die digitale Spaltung auch im ökonomischen Denken. Zugleich bietet diese Entwicklung aber auch Chancen mit Blick auf Teilhabe und Inklusion: KI-Systeme wie Chatbots oder semantische Suchagenten können komplexe wirtschaftspolitische Zusammenhänge verständlich, personalisiert, mehrsprachig und barrierearm aufbereiten.

These 3: Komplexität wird gefiltert – und damit oft entpolitisiert

KI-Zusammenfassungen neigen dazu, Komplexität zu glätten. Differenzen, Zielkonflikte oder ideologische Kontroversen werden in scheinbar neutrale Informationen übersetzt. Doch Wirtschaftspolitik ist nicht neutral – sie ist immer auch Ausdruck von Interessen und ordnungspolitischen Grundüberzeugungen. Die Tendenz zur Harmonisierung könnte kritische Auseinandersetzung verdrängen und technokratischen Lösungen den Vorzug geben, selbst wenn politische Alternativen existieren. Hier müssen wir aufpassen, denn: eine entpolitisierte Debatte ist eine gefährlich verkürzte Debatte.

These 4: Die politische Meinungsbildung wird quantifizierbar – aber zugleich manipulierbar

Die KI-Agenten der Zukunft werden nicht nur antworten – sie werden beobachten. Welche Fragen gestellt werden, welche Antworten akzeptiert, ignoriert oder hinterfragt werden, erzeugt riesige Datenmengen. Daraus lassen sich wirtschaftspolitische Stimmungen, Trends und Empö-

rungswellen in Echtzeit extrahieren – ein Traum nicht nur für Politiker und Interessensvertreter, sondern eben auch für Populisten. Wer die KI-Interaktionen systematisch analysiert, kann Stimmungen antizipieren und Debatten beeinflussen, bevor sie öffentlich geführt werden.

These 5: Der Ruf nach transparenten, demokratisch legitimierten KI-Systemen wird lauter werden

Spätestens wenn klar wird, dass wirtschaftspolitische Entscheidungen zunehmend auf durch KI geformten Meinungen beruhen, wird die Forderung nach Transparenz, Rechenschaft und öffentlicher Kontrolle lauter. Welche Daten fließen ein? Welche Modelle dominieren? Wer ent-

„Am Ende kann Künstliche Intelligenz sowohl zum Erhalt wie auch zur Zerstörung von demokratischen Strukturen einen erheblichen Beitrag leisten.“

scheidet, welche Perspektiven sichtbar werden? Was können wir tun, um einen pluralistischen Diskurs auch im neuen Zeitalter zu gewährleisten und die Chancen, die KI bietet, zielgerichtet zu nutzen?

Fazit:

Die Künstliche Intelligenz verändert unsere Art, ökonomische Fragen zu stellen und Antworten zu bekommen. Damit verändert sie auch die Wirtschaftspolitik selbst. Es ist wichtig, diese Entwicklung nicht nur technologisch, sondern auch demokratisch zu gestalten. So banal es klingt, am Ende kann Künstliche Intelligenz sowohl zum Erhalt wie auch zur Zerstörung von demokratischen Strukturen einen erheblichen Beitrag leisten. Umso wichtiger ist die konstruktive, rechtzeitige Befassung. ■



Wolfgang Steiger
ist Generalsekretär
des Wirtschaftsrates der CDU



Foto: AdobeStockemirija

Im Spiegel der Medien

Der Wirtschaftsrat meldet sich zu Wort – in den Leitmedien dieses Landes

Handelsblatt zur Wahl des neuen Kanzlers | 06.05.2025

Der Wirtschaftsrat half Merz, als er für den Parteivorsitz kandidierte, und machte ihn zum Vizepräsidenten. Jetzt wird er Kanzler. Auch der heutige Vizepräsident des Wirtschaftsrats, Mediamarkt-Chef Karsten Wildberger, übernimmt eine Schlüsselrolle: Er wird der erste echte Digitalminister im Bund. „Wir sind sehr zufrieden“, sagte Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrats, dem Handelsblatt. Doch trotz der Zufriedenheit wollte Hamker nicht nachsichtig wirken. „Wir machen keine Parteipolitik, sondern Ordnungspolitik“, betonte sie. Ihre Erwartungen an Schwarz-Rot seien entsprechend klar: weniger Bürokratie in Berlin und Brüssel, mehr unternehmerische Freiheit. Leitplanken statt Gängelei.

BILD zur Rede von Friedrich Merz | 14.05.2025

In seiner Rede beim Wirtschaftstag des Wirtschaftsrates benannte Bundeskanzler Friedrich Merz die zentralen Herausforderungen für seine Regierung. Im Fokus stehen dabei vor allem die Senkung der Energiepreise und der Abbau überbordender Bürokratie. Zugleich richtete Merz einen deutlichen Appell an die Bürgerinnen und Bürger: „Wir müssen in diesem Land wieder mehr und vor allem effizienter arbeiten.“

Der Spiegel zur Bedeutung des Wirtschaftstages | 14.05.2025

Nirgendwo zeigt sich die Wirtschaftsnähe der CDU so stark wie beim Wirtschaftstag. Dort spenden Dax-Lenker Vorschusslorbeeren an Friedrich Merz. (...) „Wir sind vorbereitet auf diesen Moment“, verspricht der CDU-Generalsekretär. „Wir haben jetzt alles, was wir brauchen!“ (...) Während frühere Wirtschaftstage von immer lauter werdenden Klagen über die Ampelkoalition dominiert wurden, regiert nun ein anderes Gefühl: Endlich ist wieder die richtige Partei am Ruder.

Börsen-Zeitung zur EU-Binnenmarktstrategie | 23.05.2025

Die EU-Kommission startet einen neuen Anlauf, um die vielen Barrieren abzubauen, die noch immer die grenzüberschreitende Tätigkeit von Unternehmen behindern. Die Reaktion der Wirtschaft fiel durchwachsen aus. „So richtig es ist, dass die Binnenmarktstrategie Hürden für die Integration der Märkte abbauen will: Nach 30 Jahren Binnenmarkt dürfte das eigentlich gar kein Thema mehr sein!“, erklärte der Wirtschaftsrat der CDU. Vielmehr offenbare sich, dass sich die EU-Regulierung der vorigen Jahre zu sehr im Detail verheddert habe.

Fuldaer Zeitung | 28.05.2025

In einem Gastbeitrag schreibt Wirtschaftsrat-Generalsekretär Wolfgang Steiger u.a.: Die Wirtschaftsweisen prognostizieren für 2025 ein Nullwachstum. Das ist ein Warnsignal, das nicht wirklich überrascht. Deutschlands wirtschaftliche Stagnation ist Folge einer Politik, die ökonomische Realitäten verdrängt und das Sozialsystem weiter überfrachtet. Die Abgabenlast für Arbeitnehmer und Unternehmen zählt schon heute zu den höchsten weltweit. Weitere Beitragserhöhungen drohen Beschäftigung zu entmutigen und Kapital ins Ausland zu treiben.“

Handelsblatt zum Infrastruktur- Sondervermögen | 05.06.2025

Bald schon soll der Bund ein Sondervermögen einrichten, um kräftig in die Infrastruktur zu investieren. Der Gesetzentwurf liegt nun vor und legt die Details fest. (...) „Über allem steht jetzt die radikale Vereinfachung von Planungsverfahren und der schnelle Kapazitätsausbau bei den Unternehmen“, sagte der Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, Wolfgang Steiger, dem Handelsblatt. Denn nur dann kommt das viele Geld wirklich auf Schiene und Straße an, statt einseitig die Preise zu treiben.“

Welt am Sonntag zur EU-Finanzierung von Klimaaktivisten | 15.06.2025

Am vergangenen Wochenende hatte WELT AM SONNTAG aus geheimen Verträgen der EU-Kommission zitiert. Umweltverbände, wurde darin vereinbart, sollten im Gegenzug für Fördergelder Lobbyarbeit betreiben und zum Beispiel Kohlekraft, Pestizide und das Freihandelsabkommen Mercosur zwischen Europa und Südamerika bekämpfen. (...) „Gerade in der aktuellen geostrategischen Situation braucht die Europäische Union vollständige Unterstützung von allen politischen Kräften“, sagt Generalsekretär Wolfgang Steiger. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sei persönlich verantwortlich für die vollständige Aufklärung dieser Vorwürfe, die in ihre erste Amtszeit fallen.

POLITICO zur Baukostenkrise | 19.06.2025

Der BauTurbo sei eine „homöopathische Erleichterung“ und werde „die Baukosten nicht spürbar senken“, kritisiert der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger. Die Probleme liegen „in einem komplett überregulierten Baurecht“, so Steiger. Nun brauche es eine „Wiederbelebung des EH55-Standards, mithin einen neuen Fokus auf Emissions- statt Energieeffizienz eines Gebäudes“. Außerdem müsse das Mietrecht investitionsfreundlich gestaltet werden und die Mietpreisbremse gelockert werden.

Augsburger Allgemeine zur Mütterrente und steigenden Zinslasten | 23.06.2025

„In Zeiten knapper Kassen und rasant steigender Schulden ist es unabdingbar, dass zusätzliche Ausgaben Wachstumsimpulse setzen und gerecht sind gegenüber künftigen Generationen. Beides ist bei der Mütterrente nicht der Fall“, sagte der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger, der Augsburger Allgemeinen. (...) Der CDU-Wirtschaftsrat mahnt, über den Schuldenberg nicht zu vergessen, dass die Kredite auch zurückgezahlt werden müssen und dafür Zinsen fällig werden. „Geht man zum Beispiel von einer Neuverschuldung von 100 Milliarden Euro für 2025 aus, reden wir, gerechnet auf die nächsten 10 Jahre, in Wirklichkeit von mehr als 125 Milliarden Euro inklusive Zinszahlungen“, sagte Wolfgang Steiger.

Deutschlandfunk zu Krankenkassenbeiträgen | 23.06.2025

Der CDU-Wirtschaftsrat lehnt eine mögliche Anhebung der Krankenkassenbeiträge für Arbeitnehmer mit mittleren und höheren Einkommen ab. „Dies würde den Faktor Arbeit weiter verteuern“, sagte der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Steiger, der Nachrichtenagentur Reuters. Er forderte stattdessen strukturelle Reformen in der Gesundheitsversorgung. So solle der Staat für Leistungen aufkommen, die nicht Aufgabe der Kassen seien. Als Beispiel nannte Steiger die Beiträge von Bürgergeldempfängern.

Passauer Neue Presse zu Beschaffungsproblemen bei Rüstungsgütern | 02.07.2025

Viele Hürden ergeben sich allerdings durch ein Geflecht aus europäischer und nationaler Gesetzgebung. Eine Auflistung des Wirtschaftsrates der CDU, die unserer Zeitung exklusiv vorliegt, zeigt auf, wo Hürden lauern, die die Beschaffung im Rüstungsbereich verlangsamen und aus der Sicht des parteinahen Vereins dem Aufbau der Verteidigungsfähigkeit im Weg stehen. Eine Belastung sehen die vom Verein befragten Rüstungsunternehmen beim Vergaberecht. Dieses würde Erprobungen von zu entwickelnder Ausrüstung mit der Bundeswehr de facto unmöglich machen. Denn Unternehmen, die bereits Vorkenntnisse zur Entwicklung eines Produkts mit der Bundeswehr gesammelt haben, werden von der Vergabe ausgeschlossen.



Foto: AdobeStock/terovesalainen

Ärzte Zeitung zur Reform der Notfallversorgung | 09.07.2025

Nicht zu klein denken: Der Wirtschaftsrat der CDU fordert in einem Positionspapier einen breiten Ansatz bei der Reform der Notfallversorgung. Die Notfallversorgung darf nicht länger isoliert betrachtet werden nur wenn Notaufnahmen, ärztlicher Bereitschaftsdienst und Rettungsdienst gemeinsam gedacht und reformiert werden, lässt sich die Versorgung in medizinischen Akutsituationen wirklich verbessern, sagt Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, der Ärzte Zeitung.

BILD zu Schuldenpaketen der Bundesregierung | 09.07.2025

Bis 2029 werden mehr als 55 Milliarden Euro aus dem regulären Haushalt in den Schuldentopf („Sondervermögen“) verschoben. Dafür gibt es sogar scharfe Kritik aus den eigenen Reihen. Wolfgang Steiger, Chef des CDU-Wirtschaftsrates: „Die Koalition begeht Etikettenschwindel: Zusatzschulden ersetzen in Teilen reguläre Investitionen.“

Frankfurter Rundschau zum Zollkonflikt mit den USA | 11.07.2025

Im Zollkonflikt mit den USA fordert der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates Maßnahmen und schlägt ein Frühwarnsystem vor. (...) „Ab jetzt braucht es ein

Frühwarnsystem und eine strategische Betrachtung. Diese Aufgabe der strategischen Vorausschau könnte der bisher wenig profilierte EU-US Trade and Technology Council (TTC) der Europäischen Kommission wahrnehmen.“ (...) „Mit einem solchen Frühwarnsystem ließen sich Fehlinterpretationen – etwa als nicht-tarifäre Handelshemmnisse – vermeiden. Das würde helfen, Unsicherheiten und Eskalationen, wie sie durch erratische Entscheidungen des US-Präsidenten entstehen können, von vornherein zu vermeiden.“

WELT zur Rentenpolitik | 10.07.2025

Unternehmer verlieren in der Rentenpolitik die Geduld mit der Union. Viele haben wenig Verständnis dafür, dass die Partei von Kanzler Friedrich Merz (CDU) die Sozialdemokraten bei ihren teuren Plänen nicht stoppt. „Falls wir nicht jetzt gegensteuern, sieht es düster aus“, sagt Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU. Angesichts des Sofortprogramms der Koalition dürften Sündenfälle der Vergangenheit keineswegs wiederholt werden. Steiger warnt davor, dass teure Rentenversprechen zum Schaden der Beitragszahler aufaddiert werden.



Heise zum Cybernation-Event des Wirtschaftsrates | 10.07.2025

Cybernation: Das ist der Begriff, mit dem die Präsidentin des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Claudia Plattner seit bald zwei Jahren mehr Bewusstsein für Cybersicherheit und Digitalisierungsfragen fordert. (...) Bei einer zweitägigen Veranstaltung mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft in Berlin macht sich der Wirtschaftsrat der CDU diese Idee nun zu eigen, ein Verein, der einigen Beobachtern als der derzeit maßgebliche Think-Tank der CDU-Wirtschaftspolitik gilt. Cybersicherheit sei keine rein technische Disziplin, sondern auch eine Standort- und Vertrauensfrage, erklärt Wirtschaftsrat-Präsidentin Astrid Hamker. Sie sieht wirtschaftliche Chancen: „Innovation in der Sicherheitstechnologie kann zu einem echten Exportschlager werden.“

T-Online zum Bürokratieabbau | 26.07.2025

Im Mai verabschiedete das Parlament den sogenannten Omnibus IV. Unter einer Omnibus-Verordnung versteht die EU Rechtsakte, die mehrere Verordnungen oder Richtlinien gleichzeitig ändern. (...) Der Wirtschaftsrat der CDU hat das Paket zum Anlass genommen, noch einmal genau hinzusehen, wie es denn um die tatsächliche Bürokratiebelastung seiner Mitgliedsunternehmen steht. Generalsekretär Wolfgang Steiger sagt t-online: „Kleine und mittlere Unternehmen spüren die regulatorischen Lasten besonders stark. Bürokratieabbau ist kein Randthema, sondern eine zentrale Voraussetzung für einen starken Wirtschaftsstandort Europa.“

BILD zur Lebensarbeitszeit-Diskussion | 28.07.2025

Riesendebatte um den Vorstoß von Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (52, CDU) zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit! Reiche hatte in der „FAZ“ gesagt, die Deutschen sollten mehr und länger arbeiten – notfalls auch bis 70. Es könne „auf Dauer nicht gut gehen“, wenn wir Deutschen „ein Drittel unseres Erwachsenenlebens in Rente verbringen“, so Reiche. (...) Wolfgang Steiger, vom CDU-Wirtschaftsrat: „Wer heute angesichts der gestiegenen Lebenserwartung noch glaubt, man könne das Rentensystem dauerhaft stabil halten, ohne die Lebensarbeitszeit anzupassen, ignoriert schlicht die Mathematik.“

Handelsblatt zur Finanznot der Kommunen | 30.07.2025

Die Einnahmen sinken, die Ausgaben explodieren: Die Finanzmisere der deutschen Städte und Gemeinden wird immer schlimmer. (...) Der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, macht für die Finanznot der Kommunen die sozialpolitischen Entscheidungen des Bundes mitverantwortlich. Der Bund müsse deshalb jetzt schnell und strukturell gegensteuern, indem er beispielsweise auf die weitere Ausweitung von Sozialtransfers verzichte, sagte Steiger.

WirtschaftsWoche zum Fachkräftemangel bei Bauingenieuren | 04.08.2025

Die Baubranche baute zuletzt Jobs ab. Nun hofft sie auf neuen Antrieb durch das Sondervermögen. Doch wie soll das funktionieren ohne ausreichend Fachleute? (...) „Der Fachkräftemangel bei Bauingenieuren ist eine stille, aber hochgefährliche Wachstumsbremse.“ Selbst wenn die Mittel für Infrastrukturprojekte endlich auch faktisch bereitstünden, „fehlt es vielfach an den Menschen, die sie planen, steuern und umsetzen können“, sagt Steiger.

Table.Media zur NIS2-Richtlinie | 06.08.2025

Der Lobbyverein Wirtschaftsrat der Union fürchtet um die Sicherheit des Landes, wenn die neuen Cybersicherheits-

vorgaben nicht für Staat und Wirtschaft gleichermaßen gelten. (...) Der Wirtschaftsrat kritisiert vor allem, dass nachgelagerte Bundesbehörden von der Umsetzung der NIS-2-Vorgaben ausgenommen werden sollen. (...) „Ein Staat, der sich über § 29 selbst von zentralen Umsetzungsanforderungen entbindet, setzt ein fatales Signal – sowohl gegenüber der Wirtschaft als auch gegenüber europäischen Partnern“, heißt es in dem Papier des Wirtschaftsrats.

Neue Zürcher Zeitung zur privaten Altersvorsorge | 11.08.2025

Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, sieht die Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge grundsätzlich als richtigen Weg. „Ein Vorsorgefonds, der direkt oder indirekt staatlicher Kontrolle unterliegt, wäre jedoch der gänzlich falsche Weg“, sagt er warnend. Ein solches Vorgehen würde seiner Ansicht nach zu Marktverzerrungen bei den Altersvorsorgeprodukten führen und berge das Risiko, „dass der Staat massiven politischen Einfluss auf die Unternehmen gewinnt, in die investiert wird.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung zu möglichen Steuererhöhungen | 20.08.2025

Generalsekretär Wolfgang Steiger hält so gar nichts von der aktuellen Debatte. Auf die Frage, ob er sich Änderungen etwa beim Reichensteuersatz oder bei der Erbschaftsteuer vorstellen kann, wiegelt Steiger ab. „Die Steuer- und Abgabenquote in Deutschland befindet sich schon jetzt auf Rekordniveau, das gilt gerade auch für höhere Einkommen.“

WELT zu notwendigen Reformen beim Bürgergeld | 26.08.2025

In einem Gastbeitrag schreibt Wirtschaftsrat-Generalsekretär Wolfgang Steiger u. a.: Es braucht einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Viel zu oft scheitern Sanktionen nämlich bislang daran, dass der Staat arbeitsunwilligen Bürgergeldempfängern ihre Unwilligkeit kompliziert und langwierig nachweisen muss. Frustrierte Jobcenter-Mitarbeiter quer durch die Republik können ein Lied davon singen. Warum drehen wir das Prinzip nicht um und stellen die Nachweispflicht vom Kopf auf die Füße? ■

Anzeige

JEDER TIPP – EIN GEWINN FÜR HESSEN.

RUND 150. MIO € PRO JAHR FÜR SPORT, KULTUR, DENKMALSCHUTZ, SOZIALES UND UMWELT.

Das LOTTO hilft Hessen-Versprechen!



lotto-hessen.de  



VOR ORT PRÄSENT FÜR SIE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Delegationsreise ins Baltikum: Technologie, Sicherheit und Zukunft

Wie gelingt Aufbruch in Europa? Die Delegationsreise des Wirtschaftsrats Baden-Württemberg nach Estland, Lettland und Litauen gab eine klare Antwort: durch Dialog, gemeinsame Verantwortung – und den Mut, neue Wege zu gehen. Vom 1. bis 7. Juni 2025 besuchte der Landesverband politische Entscheidungsträger, Wirtschaftsakteure und Institutionen in einer Region, die sich zwischen Technologie, Sicherheit und Zukunft neu aufstellt.

In Tallinn begrüßten Botschafter Dr. Peter Reuss und Botschaftsrat Mario Sauder die Delegation in der Residenz des deutschen Botschafters. Beim anschließenden Unternehmerempfang trafen die Mitglieder des Wirtschaftsrats auf hochrangige Gäste wie Parlamentspräsident Lauri Hussar und Außenminister Margus Tsahkna. Im Mittelpunkt standen die geopolitische Lage Europas, technologische Souveränität und wirtschaftliche Resilienz. Ehrenvorsitzender Prof. Dr. Ulrich Zeitel stellte Baden-Württemberg als starken Industriestandort vor und unterstrich die gemeinsame Verantwortung in einem sich wandelnden Europa.

In Lettland begann das Programm bei einem Unternehmerabend mit Finanzminister Arvils Ašeradens. Gespräche über Investitionschancen, stabile Rahmenbedingungen und digitales Wachstum machten das wirtschaftliche

Potenzial der Region greifbar. Am nächsten Tag folgte ein vertiefter Austausch mit Wirtschaftsminister Viktors Valainis zu Innovationspolitik und Marktöffnung. Ein Briefing mit Botschafterin Gudrun Masloch und Heike Jantsch, Leiterin des Wirtschaftsreferats, beleuchtete zentrale Felder der bilateralen Zusammenarbeit. Beim abschließenden Arbeitssessen mit Dr. Zanda Kalnina-Lukasevica, Vizepräsidentin des lettischen Parlaments, rückte Lettlands Rolle im europäischen Machtgefüge in den Fokus.

Als letzte Station stand Vilnius auf der Agenda. Beim Unternehmerabend mit dem litauischen Wirtschafts- und Innovationsminister Lukas Savickas und der Litauischen Wirtschaftskonföderation wurden Kooperationspotenziale skizziert. Neue Kontakte, gemeinsame Interessen – und ein klarer Wille zur Zusammenarbeit prägten den Abend. Ein politisches Briefing mit Botschafter Dr. Cornelius Zimmermann in der Deutschen Botschaft rundete die Reise ab.

Die Delegation kehrte mit einer klaren Erkenntnis zurück: Das Baltikum denkt Zukunft – digital, sicherheitsorientiert und europäisch. Für den Wirtschaftsrat ist das gelebter Aufbruch in Zeiten des Wandels.



Foto: Wirtschaftsrat

Empfang in Tallinn vor der Deutschen Botschaft.

HAMBURG

„Die Köhlbrandbrücke darf nicht erst 2040 stehen“

Dr. Christoph Ploß, Koordinator der Bundesregierung für maritime Wirtschaft und Tourismus, forderte bei einem politischen Lunch des Wirtschaftsrates Hamburg: „Das erste, das wir jetzt brauchen, ist eine andere Prioritäten-Setzung des Staates.“

Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung seien vernachlässigt worden und würden nun erst wieder in den Fokus rücken: „Es darf nicht erst eine Energiekrise nötig sein, damit Infrastruktur gebaut wird“, forderte er und fuhr in Anbetracht heimischer Infrastrukturprojekte fort: „Wir reden ernsthaft darüber, ob die Köhlbrandbrücke im Jahr 2046 oder 2042 fertig wird.“ Das sei unhaltbar. „Ich werde als Verkehrspolitiker alles dafür geben, dass die Köhlbrandbrücke nicht erst 2040 steht.“



Foto: Wirtschaftsrat

Dr. Christoph Ploß MdB, Koordinator der Bundesregierung für maritime Wirtschaft und Tourismus.

SACHSEN-ANHALT

Nachhaltiges Wachstum in der regionalen Wirtschaft

Das 2. Merseburger Wirtschaftsgespräch fand an der Hochschule Merseburg statt, organisiert vom Wirtschaftsrat Sachsen-Anhalt in Kooperation mit dem Industrie- und Marketingclub Mitteldeutschland. Über 100 Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verwaltung diskutierten das Thema „Nachhaltiges Wachstum in der regionalen Wirtschaft“.

Prof. Dr. Markus Krabbes und Sebastian Müller-Bahr hoben in ihren Impulsvorträgen die Bedeutung der Digitalisierung und attraktiver Standortentwicklung hervor. Scheffler hob hervor, dass Innovation und Nachhaltigkeit ohne qualifizierte Fachkräfte und stabile Rahmenbedingungen kaum erreichbar sind, und forderte energische Maßnahmen gegen hohe Energiepreise und Bürokratie. Elke Krüger betonte die Balance zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen, sowie die Bedeutung von Innovation und Bildung für nachhaltiges Wachstum.

Im Anschluss wurden in zwei Podiumsdiskussionen die Themen „Wirtschaft“ sowie „Wissenschaft & Forschung“ behandelt. Dabei wurde die Notwendigkeit eines engen Dialogs zwischen Unternehmen, Forschungsein-

richtungen und Politik hervorgehoben. Astrid Hamker, Ehrengast und Präsidentin des Wirtschaftsrates, würdigte die Erfolge der Ostdeutschen seit der Wiedervereinigung und forderte eine strukturierte Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Digitalisierung.

Die Diskussionen zeigten, dass nachhaltiges Wachstum nur durch gemeinsames Handeln, starke Netzwerke und innovative Strategien gelingen kann. Das Wirtschaftsgespräch hat sich als zentrale Plattform für den regionalen Wirtschafts- und Forschungsdialog etabliert, der den Strukturwandel in Mitteldeutschland aktiv gestaltet.



Foto: Vincent Grätsch

Konstruktiver Austausch im Hörsaal:
Diskutanten bei der zweiten Ausgabe des Merseburger Wirtschaftsgesprächs.

HESSEN

„Für mehr Handlungsfähigkeit und Einigkeit“

Der Parlamentarische Abend des Jungen Wirtschaftsrats Hessen fand gemeinsam mit den Jungen Unternehmern in Wiesbaden statt. In den stilvollen Räumen von Piano-Schulz kamen politische Entscheidungsträger, junge Unternehmerinnen und Unternehmer sowie engagierte Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft zusammen, um aktuelle Herausforderungen und Perspektiven für den Standort Hessen zu diskutieren.

Unter dem diesjährigen Motto „Für mehr Handlungsfähigkeit und Einigkeit – wie Wirtschaft und Politik zum Wohle der Gesellschaft zusammenarbeiten können“ stand der Abend ganz im Zeichen eines konstruktiven Austauschs zwischen Politik und Wirtschaft. In einer Zeit



Frische Luft für Frische Gedanken in Wiesbaden.

geopolitischer Spannungen, wirtschaftlicher Transformation und wachsender gesellschaftlicher Erwartungen wurde deutlich: Gemeinsames Handeln ist gefragt – und möglich.

Für inhaltliche Impulse sorgten zwei hochkarätige Redner: Staatssekretär Benedikt Kuhn, Chef der Hessischen Staatskanzlei, sowie Wiebke Knell MdL, Fraktionsvorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Hessen.

Mit ihren Beiträgen zu Entbürokratisierung, Investitionsanreizen und der Zukunft Hessens im föderalen Deutschland haben sie wertvolle Denkanstöße gegeben und spannende Perspektiven eröffnet.



Foto: Wirtschaftsrat

SCHLESWIG-HOLSTEIN

„Uns verbindet eine ganz besondere Beziehung“

Schleswig-Holstein verbindet mit Hamburg weit mehr als geografische Nachbarschaft. So lässt sich die Kernbotschaft der Rede von Dr. Peter Tschentscher, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, zusammenfassen. Tschentscher, seit 2018 Regierungschef der Hansestadt, war der Einladung des Wirtschaftsrates Schleswig-Holstein zum diesjährigen Sommerfest auf dem Kultur Gut Hasselburg gefolgt.

„Der Hamburger Hafen ist auch der Hafen für Schleswig-Holstein, ebenso wie der Flughafen.“ Andersherum brauche Hamburg vor allem die Windenergie aus dem Nachbarland: „Wir haben durch unseren hohen Anteil der erneuerbaren Energien in Norddeutschland einen wesentli-

chen Standortvorteil für die Zukunft.“ Umso mehr versteht auch Tschentscher den Unmut der Schleswig-Holsteiner über die hohen Netzentgelte: „Wo die Menschen bereits mit den Windrädern vor der Tür leben, dürfen sie nicht auch noch mehr für den Strom bezahlen“, so der Bürgermeister.

Seine Ausführungen schloss Tschentscher mit einem weiteren gemeinsamen Projekt der beiden norddeutschen Bundesländer: Der Bewerbung für die Austragung der Olympischen Spiele im Jahr 2036. Neben vielen Faktoren, die Hamburg zum idealen Austragungsort machten, sei sowieso klar, dass Segeln nur in Kiel stattfinden könne und Austragungsorte dicht beieinander liegen sollten. Die Durchführung des Weltsporeignisses in Norddeutsch-

land könnte das Wirtschaftswachstum noch einmal ankurbeln und so ein Gewinn für beide Bundesländer sein.

Dr. Christian von Boetticher unterstrich in seiner Funktion als Landesvorsitzender der Wirtschaftsrates Schleswig-Holstein, dass das Mindset der norddeutschen Bundesländer noch mehr auf gemeinsame Interessen ausgelegt werden sollte. Die Milliarden aus dem Infrastrukturpaket des Bundes für Schleswig-Holstein kämen auch Hamburg zugute. Andersherum sei Schleswig-Holstein auch auf Hamburg angewiesen, z.B. durch das Arbeits- und Ausbildungsangebot. Viele Schleswig-Holsteiner pendelten täglich in die Hansestadt, weshalb eine bessere Anbindung der Metropolregion an Hamburg unerlässlich sei.

Investitionen seien wichtig, so betonte auch Tschentscher. Er hätte sich jedoch gewünscht, dass gleichzeitig ein überparteilicher Tilgungsplan für das beschlossene Sondervermögen der Bundesregierung erstellt werde. „Zwei Prozent Tilgung im Jahr wären leistbar gewesen, nun wird das Tilgen zum politischen Großprojekt.“



Foto: Wirtschaftsrat

Hoher Besuch aus Hamburg: Der Erste Bürgermeister, Dr. Peter Tschentscher.

Anzeige

Farbe bekennen: Europas digitale Souveränität braucht Taten

Europa steht an einem digitalen Wendepunkt. Geopolitische Spannungen und Abhängigkeiten von Drittstaaten zeigen: Digitale Souveränität ist keine abstrakte Idee, sondern eine strategische Notwendigkeit. Jetzt braucht es pragmatisches Handeln statt Debatten – souveräne Lösungen sind verfügbar.

Digitale Souveränität bedeutet weit mehr als eigene Rechenzentren. Entscheidend ist die Kontrolle über Daten, Technologien, Software, Künstliche Intelligenz und rechtliche Rahmenbedingungen. Souveränität und Innovation schließen sich gegenseitig nicht aus, deshalb darf das Thema digitale Souveränität nicht ideologisch diskutiert werden.

Die folgenden Dimensionen stellen Souveränität sicher: Datensouveränität, Betriebshoheit, technologische Kontrolle und rechtliche Klarheit. Wer bei einer dieser Dimensionen Abstriche macht, verliert Gestaltungskraft.

Die Debatte darf sich weder auf amerikanische Hyperscaler verengen noch auf unrealistische Autarkie. Entscheidend ist, Spitzentechnologie zu nutzen, die den vier Dimensionen entspricht – und diese gibt es bereits heute. Verknüpft mit Europas Industriekompetenz entstehen differenzierende KI-Anwendungen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern.

SAP zeigt, wie dies gelingt – mit Cloud- und KI-Lösungen, die Souveränität wahren und zugleich Innovation ermöglichen. Ein Beispiel ist Delos Cloud, die eine souveräne, anbieterneutrale Plattform für den öffentlichen Sektor bietet. Sie erfüllt höchste Vorgaben zu Datenschutz, IT-Sicherheit und Geheimschutz und erlaubt die produktive Nutzung von KI, auch in sensiblen Bereichen. Von Infrastruktur, über Plattform bis zur Anwendung zeigt SAP, wie Souveränität im gesamten Stack gesichert werden kann. So heißt digitale Souveränität Handlungs- und Wahlfreiheit über alle Bereiche hinweg.

Die Zeit der Pilotprojekte ist vorbei. Was fehlt, ist nicht Technologie, sondern Mut. Europa braucht eine gemeinsame Vision für Cloud und KI – keine nationalen Alleingänge. SAP bekennet Farbe, investiert, bietet praxisnahe Lösungen und zeigt, wie digitale Souveränität gelingen kann. Nun müssen Politik und Wirtschaft den Weg konsequent weitergehen.



„Industrielle KI ist Europas Schlüssel zur Zukunft: souverän gestalten, wirtschaftlich wachsen, global bestehen. Handeln statt Hadern.“

Thomas Saueressig, Mitglied des Vorstands der SAP SE, Customer Services & Delivery, sowie Mitglied im Präsidium des Wirtschaftsrats



Foto: Sylviane Brauer

NORDRHEIN-WESTFALEN

„Blaupause“ für die Gesundheitspolitik

Die Krankenhausreform in Nordrhein-Westfalen dient dem Wohl der Patienten, verbessert die Qualität der Versorgung und ist im engen Dialog mit den Betroffenen gestaltet worden. So hat Matthias Heidmeier, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, die Reform beim Gesundheitspolitischen Dialog des Wirtschaftsrates Nordrhein-Westfalen in Essen zusammengefasst. Heidmeier war Hauptredner der Veranstaltung, zu der Joachim Rumstadt als Sprecher der Sektion Essen und Dr. Jan Helmig,

Mitglied der Geschäftsführung der gastgebenden opta data Gruppe, 80 Besucher begrüßen konnte.

Heidmeier nahm in seiner Keynote die Gesundheitspolitik insgesamt in den Blick: Von der Elektronischen Patientenakte und dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen bis zur Ausweitung von Studienplätzen im Fach Medizin, etwa durch die Neueinrichtung des Studiengangs an der Universität Bielefeld. Den Schwerpunkt seiner Ausführungen bildete die Krankenhausreform in Nordrhein-Westfalen mit ihrem Fokus auf die verstärkte Spezialisierung von Kliniken und dem Beibehalten einer Krankenhaus-Grundversorgung. „Nicht jeder macht alles gleich gut“, skizzierte der Staatssekretär die Ausgangslage vor der Reform, zugleich habe sich ein „ruinöser Wettbewerb“ negativ auf die Qualität der Versorgung ausgewirkt. Mit der Reform gehe man nun in die richtige Richtung, Heidmeier sprach von einer „Blaupause“ für die Gesundheitspolitik in ganz Deutschland. Dies gelte auch für die Art der Umsetzung: „Man muss die Menschen in den betroffenen Berufen mitnehmen“, so Matthias Heidmeier.

Bei der Krankenhausreform will Nordrhein-Westfalen nicht stehenbleiben, versicherte Heidmeier. Nun steht die bessere Vernetzung der verschiedenen Sektoren im Gesundheitswesen auf der Agenda. Hier sieht der Staatssekretär den Schlüssel zum Erfolg in der Elektronischen Patientenakte (ePA) – dies allerdings in einer Version, die sich nicht darauf beschränkt, PDF-Dokumente zu sammeln.



Foto: Opta Data Gruppe, Lars Heidrich

Matthias Heidmeier (Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales).

THÜRINGEN

Unternehmerfrühstück mit Vision: Offener Dialog zwischen Stadtspitze und Wirtschaft

Die Sektion Erfurt des Wirtschaftsrates lud zu einem Unternehmerfrühstück unter dem Motto „Fragen und Antworten mit Oberbürgermeister Andreas Horn“ ein. Bereits in den frühen Morgenstunden versammelten sich rund 30 Gäste aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Medien in konstruktiver und zugleich anregender Atmosphäre, um gemeinsam über die Zukunft Erfurts zu diskutieren.

Die Veranstaltung bot eine Plattform für den offenen Austausch zwischen Entscheidungsträgern aus der Wirtschaft und der Stadtpolitik. Unter den Gästen befanden sich hochrangige Vertreter wie Mario Suckert, Staatssekretär im Thüringer Wirtschaftsministerium, Vertreter von MDR Media, Anastasia Sergan-Waßmann, Leiterin der Wirtschaftsförderung der Stadt Erfurt, der Landesdatenschutzbeauftragte Tino Melzer sowie Michael Tallai, Geschäftsführer der FUNKE Mediengruppe Thüringen.

Im Mittelpunkt stand der Rückblick auf das erste Amtsjahr von Oberbürgermeister Andreas Horn. Horn schilderte wichtige Etappen seiner bisherigen Amtszeit und zeigte auf, wie Wahlversprechen in konkrete Maßnahmen übersetzt wurden – immer mit dem Ziel, Erfurt zukunftsfähig, lebenswert und wirtschaftlich stark zu gestalten.

Verwaltungsmodernisierung als Schlüssel zur Effizienz

Ein zentrales Thema hierbei war die umfassende Modernisierung der Stadtverwaltung. Die Neuausrichtung von Personalentwicklungsprozessen sowie optimierte Stellenbesetzungsverfahren tragen dazu bei, die Verwaltung schlagkräftiger und attraktiver als Arbeitgeberin zu gestalten. Mit gezielten Gesundheitsprogrammen begegnet die Stadt der Mitarbeiterfluktuation proaktiv und zukunftsorientiert.

Impulse für Soziales, Sicherheit und Kultur

Auch im sozialen und kulturellen Bereich setzt Erfurt wichtige Zeichen: Der neue Seniorenpass ab 65 Jahren ermöglicht älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern kostenlosen oder vergünstigten Zugang zu kulturellen Angeboten und stärkt damit Teilhabe und Lebensqualität.

Das Thema Sicherheit bleibt weiterhin ein zentrales Anliegen. Ab Juli startet die Videoüberwachung am Anger, flankiert von verstärkten Streifen von Ordnungsamt und Polizei – Maßnahmen, die zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls beitragen sollen.

Beim Schulbau werden Investitionen gezielt beschleunigt, um bestehende Renovierungsstaus rasch abzubauen und moderne Lernumgebungen zu schaffen. Die Sportstadt Erfurt wird strategisch weiterentwickelt – mit einem ambitionierten Ziel: die Tour de France eines Tages in die Thüringer Landeshauptstadt zu holen.



Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, Andreas Horn von der CDU.

Foto: Wirtschaftsrat

RHEINLAND-PFALZ

„Wer heute nicht investiert, ist morgen nicht mehr da.“

Wie bleibt der Mittelstand zukunftsfähig? Lohnen sich Investitionen in den Standort? Wer finanziert? Wie zukunftssicher sind die Investitionen mittel- und langfristig? Und welche politischen Rahmenbedingungen fordern die Unternehmen dafür ein? Beim Wirtschaftsforum „Innovate & Invest im Zeitalter der KI“ in Ludwigshafen suchten Experten aus Politik und Wirtschaft nach Antworten auf diese Fragen. Viel Zeit bleibt dafür nicht. Prof. Dr. Oliver Thomas, führender KI-Wissenschaftler und Unternehmer:

„Wir brauchen nicht mehr Made in Germany, sondern mehr Applied in Germany. Die Frage, warum die großen KI-Modelle aus den USA oder China kommen, führt uns in die falsche Richtung. Statt dem Silicon Valley hinterherzuträumen, sollten wir dafür sorgen, dass Künstliche Intelligenz dort ankommt, wo sie echten Mehrwert schafft – im deutschen Mittelstand. Darin liegt unsere Chance.“ Thomas Kübler, Gründer und Geschäftsführer der Kübler GmbH, mahnte: „Wer heute nicht investiert, ist morgen nicht mehr da.“

Die politische Perspektive brachten Gordon Schnieder MdL, Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz und der Bundestagsabgeordnete Jan Metzler auf das Podium.

Am Rande des Wirtschaftsforums erhitze der Entwurf des Landesklimaschutzgesetzes Rheinland-Pfalz die Gemüter. Der Wirtschaftsrat Rheinland-Pfalz hatte in seiner Pressemitteilung die Landesregierung aufgefordert, den wirtschafts- und arbeitsplatzfeindlichen Kurs zu stoppen und das Landesklimaschutzgesetz zu verwerfen. Thomas Kübler: „Wir entwickeln seit 1989 Hallenheizungstechnologien für die Energiewende, sind vielfach ausgezeichnet, unter anderem vier Mal mit dem Innovationspreis Rheinland-Pfalz und stellen heute mit der Fair.AidH-Technologie einzigartige energieflexible Lösungen. Wir wollen die Klimaneutralität. Aber wir wollen den Menschen in unserem Unternehmen auch in 35 Jahren noch sichere Arbeitsplätze bieten.“ ■



Hausherr Thomas Kübler (r.) begrüßt Prof. Dr. Rainer Völker (l.), Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Management und Innovation an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen.

Foto: Wirtschaftsrat

Zum Schluss gefragt...

Drei Fragen an Andreas Hohmann



Foto: Privat

Was sind die drängendsten Themen, die hessische Mitglieder des Wirtschaftsrates derzeit umtreiben?

Dies sind derzeit vor allem die Themen Standortsicherheit, die Diskussion um einen 15-Euro-Mindestlohn, der konsequente Abbau übermäßiger Bürokratie. Gleichzeitig rücken weitere zentrale Fragen in den Fokus: die Zukunft und internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankfurts als Finanzplatz, die Belastung durch hohe Energiekosten – insbesondere für die Industrie – sowie die Herausforderungen im Baubereich. All diese Themen verbindet, dass es um konkrete Rahmenbedingungen geht, die für Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und nachhaltiges Wachstum in Hessen entscheidend sind.

Was macht Sie optimistisch, dass es mit der deutschen Wirtschaft künftig wieder bergauf geht?

Trotz aktueller Herausforderungen verfügt Deutschland über eine starke industrielle Basis, hochqualifizier-

te Fachkräfte und eine einzigartige Innovationskraft. Viele Unternehmen zeigen gerade in schwierigen Zeiten ihre Anpassungsfähigkeit und entwickeln neue Strategien, Produkte und Geschäftsmodelle. Wenn es gelingt, politische und bürokratische Hürden konsequent abzubauen und Investitionen in Zukunftstechnologien zu fördern, bin ich überzeugt, dass die deutsche Wirtschaft wieder an Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit gewinnt.

Wie schalten Sie am besten ab?

Ich gehe gerne joggen und nutze die Gelegenheit, mich an frischer Luft richtig auszuworken. Ein weiterer Ausgleich ist für mich die Zeit mit meinen Hunden. Gemeinsam ins Grüne zu gehen, die Natur zu genießen und dabei den Alltag hinter mir zu lassen, gibt mir Ruhe und Ausgeglichenheit. Während der Arbeitswoche ist ein abendlicher Nachhause-Spaziergang am Main für mich der schönste (Bewegungs-) Ort in Frankfurt.

Der Landesverband:

Mit rund 2.000 Mitgliedern ist der Landesverband Hessen einer der größten Landesverbände des Wirtschaftsrates. In 19 Sektionen, 9 Landesfachkommissionen und 9 Netzwerken bringen wir Menschen zusammen, die etwas bewegen wollen – und schaffen in Hessen Räume für den direkten Austausch zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Die Person:

Seit 2021 ist Andreas Hohmann als Landesgeschäftsführer in Hessen für den Wirtschaftsrat tätig. Der ehemalige Verlagsmanager war zuvor in verschiedensten Führungspositionen in regionalen Medienhäusern tätig, u.a. bei der Funke Mediengruppe in Dortmund, Essen, Thüringen und Braunschweig, der Dr. Haas Mediengruppe in Mannheim sowie bei der Neuen Westfälischen in Bielefeld.

Impressum

Herausgeber:

Astrid Hamker,
Präsidentin,
für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Redaktion:

Johannes Gunst (v.i.S.d.P.)

Wissenschaftliche Beratung:

Simon Steinbrück

Gemeinsame Postanschrift:

Redaktion Trend
Luisenstraße 44
10117 Berlin
Telefon 030/24087-300/301
Telefax 030/24087-305
Internet: www.trend-zeitschrift.de
E-Mail: pressestelle@wirtschaftsrat.de

Projektleitung:

Information für die Wirtschaft GmbH

Geschäftsführung:

Anne Schaaf, Johannes Gunst
Luisenstraße 44
10117 Berlin
Telefon 030/24087-401
Telefax 030/24087-405

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG/Bonn,
3105590 (BLZ 380 700 59)
IBAN: DE84 3807 0059 0310 5590 00
BIC: DEUTDE33

Verlag:

Information für die Wirtschaft GmbH

Anzeigenkontakt:

Telefon 030/24087-310

Gesamtherstellung:

Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG
Weberstraße 7, 49191 Belm
Telefon 05406/808-0

Erscheinungsweise:

quartalsweise

Anzeigenpreise:

Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 17

Bestellungen:

Beim Verlag

Bezugsbedingungen:

Einzelpreis 7,50 Euro (einschl. MwSt.) Jahresabonnement 25,- Euro (einschl. MwSt.), zzgl. Versandkosten. Abonnements (vier Ausgaben) werden für ein Jahr berechnet. Kündigungen müssen sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements schriftlich vorliegen, andernfalls verlängert es sich für ein weiteres Jahr.

Standpunkt Steiger: Im Abo auch für Nicht-Mitglieder

Die wirtschaftspolitische Kolumne unseres Generalsekretärs

Scharfzüngig, zum Nachdenken anregend, gewürzt mit einer Prise Philosophie und ganz viel ordnungspolitischer Einordnung.

Mitglieder bekommen die Kolumne jeden Donnerstag per Mail.
Auch Nicht-Mitglieder können die Kolumne jetzt (kostenlos) abonnieren.

Dazu reichen 3 einfache Schritte:



- 1. QR-Code scannen**
(oder URL eingeben:
<https://wirtschaftsrat.de/de/presse/standpunkt-steiger-übersicht>)



- 2. Beliebige Standpunkt-Ausgabe anklicken**



- 3. Formular am Ende der Seite ausfüllen
und Link in Bestätigungs-Mail anklicken**

Eine Informationskampagne des
Wirtschaftsrates der CDU e.V.

#SCHULDEN
KENN DEIN LIMIT!



**Staatsschulden können
süchtig machen.**